Nr. 117 — Jahrgang 16

Einzelnummer 0,20 Zl.

Donnerstag, den 22. Mai 1930

Volkswille

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: 1/64 Seite 3.75, 1/32 Seite 7.50, 1/16 Seite 15.—, 1/8 Seite 30.—, 1/4 Seite 60.—, 1/2 Seite 120—, 1 ganze Seite 240 — Zloty. Familienanzeigen und Stellengesuche 20% Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 gespaltene mm Zeile 0,60 Zl. von außerhalb 0.80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 5. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Dr. Grazynski bei Slawek

Möglichkeit der Abberufung des Wojewoden? — Einberufung des Schlesischen Sejms für den 27. Mai — Außerordentliche Tagung des Warschauer Sejms am 23. Mai — Neue Drohungen gegen die Volksvertretung

Warschau. Der Staatspräsident hat am Dienstag den Erlaß über die Einberufung des Schlesischen Sejm unterzeichnet. Wie verlautet, wird die erste Sitzung des Schlesischen Sejm bereits am 27. Mai stattfinden. Gleichzeitig empfing Ministerpräsident Oberst Slawek den schlesischen Wojewoden Grazynski, um sich von ihm über die politische Lage in Schlesien im Zusammenhang mit den letzten Wahlen zum Sejm unterrichten zu lassen.

Es werden wieder Gerüchte laut, daß Dr. Grazynski abgerufen werden soll, weil es ihm bisher nicht gelungen ist, in Schlesien eine tragfähige polnische Einheitsfront zu schaffen. Der Wahlausgang zum Schlesischen Sejm hätte in Warschauer Regierungskreisen enttäuscht. Andere Gerüchte wollen wissen, daß Herr Dr. Grazynski außerordentliche Vollmachten erhalten habe und daß er das volle Vertrauen seiner Warschauer Freunde besitze.

Außerordentliche Sejmsession am 23. Mai

Warschau. Der Staatspräsident hat am Donnerstag durch Dekret die außerordentliche Sejmsession für Freitag, den 23. Mai einberufen.

In politischen Kreisen glaubt man, daß der Sejm solange wird tagen können, soweit er sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt. Sollte indessen die Frage des Finanzministers Czechowicz berührt werden oder gar die Absicht bestehen, der Regierung ein Mißtrauen auszustellen, so wird der Sejm sofort vertagt. Es besteht nicht die Absicht, die Session wieder zu schließen, sondern sie nur auf unbestimmte Zeit zu vertagen, um so der Möglichkeit einer erneuten außerordentlichen Tagung zu entgehen.



Hermann Stegemann 60 Jahre alt

Am 30. Mai begeht Hermann Stegemann in Merlingen am Thuner See seinen 60. Geburtstag. Stegemann, der in Koblenz geboren wurde, ist vor allem durch seine dreibändige „Geschichte des Weltkrieges" bekannt geworden. Das große, unvergängliche Denkmal, das er in diesem Werk bei aller gerechten Beurteilung der fremden Armeen dem deutschen Heere im Kriege gesetzt hat, trägt ihm den Dank aller Deutschen ein.

Zwei Dekrete

Der Warschauer und der Schlesische Sejm einberufen.

Im neuzeitlichen Polen des Nachmaikurses sind wir ja so allmählich daran gewohnt, nur von Ueberraschungen zu leben, die allerdings, näher besehen, weniger Ueberraschungen, als traurige Wirklichkeiten sind. Nachdem tagelang die verschiedensten Versionen über die kommende Sejmsession kolportiert wurden, hat man sich in der Regierung Slawek doch entschlossen, die außerordentliche Tagung einzuberufen, allerdings wieder verfassungsmäßig mit der Drohung, daß der Sejm keine Volksvertretungsrechte auszuüben habe, sondern gehorsames Werkzeug sein soll. Denn, so heißt es in den Kommentaren der regierungsfreundlichen Presse zu dem Dekret für den Warschauer Sejm, daß die Regierung die Arbeiten des Sejms nicht stören wird, so lange er sachlich bleibt. Daß aber die Absicht besteht, ihn sofort nach Hause zu schicken, wenn er sich etwa anmaßen möchte, die Frage der Gelder aufzuwerfen, über die der frühere Finanzminister Czechowicz disponierte, ohne Zustimmung des Sejms, oder aber, wenn der Sejm etwa den Mut aufbringen sollte und der Regierung ein Mißtrauensvotum ausstellen würde. Dann soll über diesen Antrag nicht erst beraten werden, sondern die Regierung wird den Sejm wieder vertagen und diesmal auf unbestimmte Zeit, nicht etwa die Session schließen. Es soll also der Volksvertretung die Möglichkeit der parlamentarischen Arbeit genommen und der Regierung freie Hand gegeben werden, die „Sanierung" durchzuführen, an der sie seit Mai 1926 erfolglos arbeitet und schließlich nach glänzendem Anfang zur Katastrophe eilt.

Wie immer man sich zu dem System Pilsudski-Slawek auch menschlich stellt, so lange die Herren als die eigentlichen politischen Machthaber in Polen sich dieser Methoden gegenüber der Volksvertretung bedienen, wie sie in den letzten Jahren zum Ausdruck kommen, können wir dies als eine Gesundungsarbeit am polnischen Staate nicht betrachten, im Gegenteil, wir sehen darin den langsamen, aber sicheren Verfall. Und es ist keine Regierung oder gar ein System der starken Hand, sondern ein System der Angst vor dem eigenen Werk. Die Herren sind ausgezogen, um gegen Korruption und Rechtlosigkeit zu kämpfen, und wir begegnen ihnen leider auf Schritt und Tritt und eben diese Tatsachen sind es, die unser politisches Leben vergiften. Und wir müssen sagen, daß, im Gegensatz zu den früheren Machthabern, diese wenigstens offen waren, während man sich jetzt ausschließlich auf die Form der Verfassung bezieht, aber in Wirklichkeit durch die sonderbare Art der Auslegung sie faktisch außer Kraft setzt. Denn, was nützt uns eine Volksvertretung, die man vertagt, auf Urlaub schickt, die man beschimpft, aber sich von ihr das Budget bewilligen läßt und die Herren dann wieder nach Hause schickt, wenn sie die Kontrolle über die von ihnen bewilligten Gelder vollziehen wollen. Im bürgerlichen Leben nennt man diejenigen, die Geld ausgeben, ohne darüber abzurechnen oder abrechnen zu wollen, Betrüger und Diebe, man wird verzeihen, wenn wir dies unterstreichen, aber gerade dagegen zog ja der Marschall Pilsudski zu Felde und wir sind erstaunt, jetzt nun wahrnehmen zu müssen, daß sich auch die Regierung der starken Hand weigert, diese Kontrolle über sich selbst ergehen zu lassen. Und die Mehrheit des polnischen Volkes muß zu der Auffassung kommen, daß da im Sanacjalager nicht alles stimmt, wenn man sich gerade deshalb weigert, mit dem Sejm zusammenzuarbeiten, weil er die Kontrolle fordert.

Was immer die Regierung mit dem Sejm plant, diese Pläne sind nicht einwandfrei, mögen sie noch so sehr sich der garantierten papiernen Verfassung anpassen. Wie die Dinge jetzt liegen, hat die Regierung nicht den Mut, sich vor das Urteil des Volkes zu stellen und Neuwahlen auszuschreiben. Sie kann entweder die offene Diktatur erklären oder aber muß sich gefaßt machen, daß man immer darauf hinweist, daß die Regierung Angst vor der eigenen Staatskunst hat, weil sie die Kritik des Sejms an ihren eigenen Handlungen fürchtet. Und das ist keine starke Hand, das sind Ausflüchte vor der öffentlichen Meinung und eine Zustimmung zu dem, was man im polnischen Volksmund sagt, in Polen geht es schlecht zu, die Regierung verzweifelt selbst an ihrer Lage und vertagt den Sejm, wagt ihn nicht zu schließen, um einer neuen außerordentlichen Tagung aus dem Wege zu gehen, will nicht mit der Volksvertretung zusammenarbeiten, weil sie die Kritik fürchtet. Das ist kein Weg zur Sanierung. Man wagt auch nicht die Auflösung und Neuwahlen, will lieber ohne Sejm, aber „verfassungsmäßig" regieren. Wohin das führt, davon werden wir uns selbst überzeugen, aber wahrscheinlich, wenn es schon zu spät ist.

Gandhis Forderungen

Zu Verhandlungen über die Verfassung bereit — Aufgabe des passiven Widerstandes möglich, aber Amnestie für die politischen Gefangenen — Abschaffung der Salzsteuer und Alkoholverbot

Berlin. Der „Vorwärts" veröffentlicht eine Unterredung des nach Indien entsandten Sonderberichterstatters des „Daily Herald" mit Gandhi. Darin erklärte der Führer der indischen Freiheitsbewegung, daß er nicht gegen Verhandlungen mit England über Einführung eines Dominienstatus sei. Aus der Unterredung sei hervorgegangen, daß Gandhi bereit sei, dem indischen Nationalkongreß Einstellung des passiven Widerstands und die Beteiligung Indiens an der geplanten gemeinsamen englisch-indischen Konferenz zu empfehlen, wenn folgende Bedingungen erfüllt würden:

1. Das offizielle Arbeitsprogramm der gemeinsamen Besprechungen müsse als Punkt der Tagesordnung Schaffung einer Verfassung enthalten, durch die Indien alle wesentlichen Elemente der Unabhängigkeit gewährt werden.

2. Die Salzsteuer müsse abgeschafft, Ausschank hochprozentigen Alkohols verboten und die Einfuhr ausländischer Stoffe untersagt werden.

3. Die politischen Gefangenen müssen gleichzeitig mit der Einstellung des passiven Widerstandes amnestiert werden.

4. Die übrigen sieben Punkte seines Briefes an den Vizekönig müßten erfüllt werden.

Diese sieben Punkte schließen u. a. Abschaffung der politischen Sondergesetzgebung, sowie die Halbierung der Ausgaben für die bewaffnete Macht in Indien ein.

Um den deutsch-polnischen Handelsvertrag

Wird er ratifiziert? — Neue Verhandlungen über die Ein- und Ausfuhr in Warschau

Warschau. Die von der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Paris getroffene Vereinbarung über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote ist von Polen und der Tschechoslowakei bisher nicht angenommen worden; beide Staaten haben sich ihre Entscheidung bis zum 31. Mai d. Js. vorbehalten, wobei Polen seinen ablehnenden Standpunkt mit dem Hinweis auf die deutsche Haltung in der Frage der Kohleneinfuhr und Schrottausfuhr begründete. Frankreich und Belgien haben jetzt in Prag interveniert; wie man hört, will aber die Tschechoslowakei der Vereinbarung nur nach Zustimmung Polens zu der Aufhebung der Verbote beitreten. Polen hat inzwischen in Berlin Verhandlungen angeregt, die es ihm nach Klärung der deutschen Stellungnahme ermöglichen sollen, sich dem internationalen Abkommen über die Aufhebung der Verbote und Beschränkungen für die Ein- und Ausfuhr anzuschließen. Diese Verhandlungen werden heute in Warschau beginnen.

Deutsch-polnische Liquidations-Verhandlungen in Krakau

Krakau. Wie wir hören, haben sich Deutschland und Polen dahin verständigt, die formell am 1. April beendigten früheren Pariser bezw. Warschauer Verhandlungen über die Liquidations- und Staatsangehörigkeit-Streitfälle ab 22. Mai in Krakau fortzuführen. Von den insgesamt 1209 Fällen konnten bisher gut zwei Drittel — zum allergrößten Teil in deutschem Sinne — erledigt werden. Wenn auch in der überwiegenden Mehrzahl der Streitfälle anerkannt wurde, daß Polen den Minderheitenvertrag verletzt hat, so fällt leider auf Grund des Rauscherschen Liquidationsabkommens die Ersatzpflicht nicht Polen, sondern dem Reiche zu. Wie bisher, wird Deutschland in den bevorstehenden Krakauer Verhandlungen auch wieder durch Landgerichtspräsidenten Schneider, Beuthen, vertreten.

Harakiri wegen Verminderung der japanischen Flottenstärke

Tokio. Ein Mitglied des japanischen Generalstabes, Oberstleutnant Kusakiri, hat sich durch Harakiri das Leben genommen. Der Oberleutnant hinterläßt Briefe an den japanischen Kriegsminister und an den Chef des japanischen Generalstabes, in denen er als Grund des Selbstmordes die Verminderung der japanischen Flottenstärke angibt.

Das Schicksal des Warschauer Sejms scheint nach den neuesten Gerüchten aus unserer Regierungshauptstadt besiegelt zu sein, er wird vertagt und die Regierung wird nach eigenem Gutdünken den Staat sanieren. Aber auch das Schicksal des Schlesischen Sejms scheint noch recht undurchsichtig. Nach den Wahlen ist Dr. Grazynski, der Hüter des Sanacjasystems in der Wojewodschaft Schlesien, zum zweiten Male in Warschau, um sich zu beraten. Es mag ja übertrieben sein, wenn man diese „Beratungen über das Schicksal Schlesiens" wieder mit der Abberufung Grazynskis in Verbindung bringt. Denn nach den ausposaunten Siegen der Regierungspresse über den Wahlausgang in Schlesien wäre die Abberufung des schlesischen Wojewoden nichts anderes, als eine Bankerotterklärung des Sanacjasystems in unserer Wojewodschaft. Man spricht davon, daß der Wojewode wiederholt in Schlesien Fühlung mit der Opposition gesucht hat, daß aber die ihm erteilten Informationen weniger genehm waren. Die oppositionellen Abgeordneten haben erklärt, daß sie zwar zusammenarbeiten wollen, aber daß es nicht gut möglich ist, mit Jemandem an einem Strange zu ziehen, der bisher alles unternommen hat, um ihnen das Lebenslicht auszublasen, und wir müssen gestehen, daß wir die Aussprachen oder Konferenzen des Wojewoden mit der schlesischen Opposition als nichts anderes als einen Bittgang ansehen, der Starke bittet um gut Wetter beim Besiegten, denn man prophezeite doch der Opposition, daß sie nichts mehr zu sagen haben wird, und nun will man wieder mit ihr irgendwie zusammenarbeiten, aber nur, um Korfanty zu vernichten und dann wieder vielleicht die Deutschen. Ein trauriges Ergebnis und ein schlechtes Beispiel, in der Wojewodschaft Schlesien Politik zu treiben. Man muß wirklich staunen, wo die moralische Seite dieser Sanacja anfängt und wo sie aufhört.

Wollte man in Warschau für Schlesien wirklich Verständnis zeigen, so würde man nicht Gerüchte kolportieren, sondern offen zugeben, Herr Grazynski hat seine Mission in der Wojewodschaft nicht erfüllt. Statt des Aufbaues ist ein Chaos, statt einer geschlossenen Front der Bevölkerung ein politisches Durcheinander getreten. Und dann, jeder, der mit der Absicht nach Schlesien kommt, das Deutschtum zu vernichten, der ist gleichfalls ein Totengräber an der Wojewodschaft Schlesien. Wir Deutschen maßen uns nichts an und wollen nicht die erste Geige spielen, die deutschen Sozialisten wollen den Aufbau dieses Arbeiterlandes und weil das Bürgertum in der Mehrheit ist, so müssen wir mit ihm rechnen, mit ihm Politik des Aufbaus treiben. Die polnischen und deutschen Sozialisten waren immer dazu bereit, und im Interesse des politischen Aufbaues müssen wir mit den anderen Volksgenossen zusammengehen. Aber wir werden unsere nationalen und kulturellen Belange zu schützen wissen und sie mit Nachdruck vertreten, und darum kann es auch keine Zusammenarbeit mit einem Wojewoden geben, der, als den Grundzug seiner Politik, die Ausrottung des Deutschtums betrachtet. Und das müßte Warschau einsehen und sagen: 205 000 Deutsche sind mehr, wenn sie zusammenarbeiten wollen, als ein einziger Mann, dessen Politik sich in jeder Hinsicht als ein politischer und moralischer Bankerott erwiesen hat. Nicht Prestigefragen dürfen für Warschau maßgebend sein, sondern klare Vernunftgründe, im Interesse Polens, und diese sprechen gegen den heutigen Wojewoden. —ll.

Wieder Regierungskrise in Danzig

Danzig. Infolge der Haltung des Zentrums bei den Ergänzungswahlen zum Danziger Senat haben die am Montag gewählten Senatoren ihren Rücktritt erklärt. Zur Begründung ihrer Haltung gaben die Deutschnationale Volkspartei, die Nationalliberale Partei, die Deutsch-Danziger Wirtschaftspartei, die Deutsch-Liberale Partei und die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft eine Erklärung ab, in der u. a. festgestellt wird, daß bei der Wahl eines Senators 5 Abgeordnete des Zentrums entgegen der mit dem Koalitionsvertrag übernommenen Verpflichtung nicht mitgestimmt und dadurch die Wahl verhindert hätten. Aus diesem Verhalten des Zentrums hätten die bezeichneten Parteien ersehen, daß eine tragfähige bürgerliche Regierung sich in diesem Volkstag nicht bilden lasse. Bei den bürgerlichen Parteien habe sich die Ueberzeugung gebildet, daß das Zentrum das Zustandekommen der bürgerlichen Regierung ernstlich überhaupt nicht gewollt habe. Darum hätten die bereits gewählten Senatoren aller vorbezeichneten Parteien ihre Aemter niedergelegt.

Abberufung des lateinischen Patriarchen in Jerusalem

Berlin. Wie die „BZ" aus Jerusalem meldet, hat England den Hl. Stuhl aufgefordert, den lateinischen Patriarchen, Luigi Barlassina und dessen Mitarbeiter, den Erzbischof Fellinger, wegen ihrer Frieden mit den Juden störenden Verbindungen mit den Araberführern abzuberufen.



Zur Untersuchung des Lübecker Säuglingssterbens

Das Reichsgesundheitsamt hat das Wort.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Hamel, der in Paris mit Professor Calmette — dem Erfinder des nach ihm benannten Tuberkuloseschutzimpfungsverfahrens — eine eingehende Besprechung hatte, um die Ursachen des Säuglingssterbens in Lübeck zu klären, wo nach der Behandlung mit dem Calmetteschen Serum 17 Säuglinge gestorben sind.

Das Ziel der Aequatorfahrt des „Graf Zeppelin"



Der Regierungspalast in Pernambuco

Der Flughafen von Pernambuco in Brasilien ist das nächste Ziel des deutschen Luftschiffes, das Dienstag vormittag in Sevilla zu seinem Aequatorflug gestartet ist.

Verhaftung eines Deutschen Minderheitenführers

Beglrad. Der Führer der deutschen Minderheit in Banat und ehemalige Skupschtina-Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Neuner ist auf Grund des Gesetzes zum Schutz des Staates am Dienstag in Groß-Betschkerek verhaftet worden. Die Verhaftung steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Angelegenheit der deutschen Schriftstellerin und Leiterin der deutschen Zeitung in Groß-Betschkerek, Isolde Reiter, die vor einigen Tagen gleichfalls verhaftet wurde. Die näheren Gründe beider Verhaftungen sind unbekannt.

*

Belgrad. Wie verlautet, ist die Verhaftung des Rechtsanwalts Dr. Neuner, des Führers der deutschen Minderheit im Banat, wegen seines Eingreifens in Sachen der Verhaftung der Leiterin der „Deutschen Zeit" in Großbetscherek erfolgt. Die Kanzlei Dr. Neuners in Neusatz wurde behördlich geschlossen.

Neuwahlen in Sachsen

Am 22. Juni. — Nach Auflösung durch Arbeitsunfähigkeit.

Dresden. In der Sitzung des sächsischen Landtages am Dienstag wurde mit 50 gegen 46 Stimmen die Auflösung des Landtages beschlossen. Für den Auflösungsantrag stimmten 33 Sozialdemokraten, 12 Kommunisten und 5 Nationalsozialisten. Dagegen 13 deutsche Volksparteiler, 11 Wirtschaftsparteiler, 8 Deutschnationale, 5 Landvolksparteiler, 4 Demokraten, 30 Volksrechtsparteiler und 2 Altsozialisten.

*

Dresden. Das Gesamtministerium hat beschlossen, als Tag für die Wahl des neuen Landtages den 22. Juni zu bestimmen. Die Wahlvorschläge der Parteien müssen infolge dessen bis zum 5. Juni eingereicht sein.

Die Arbeitslosenfrage im englischen Unterhaus

Unstimmigkeiten in der Arbeiterpartei.

London. Die Unterhausaussprache über die Arbeitslosenfrage am Montag brachte die Regierung erneut einer Abstimmungsniederlage sehr nahe. Die Konservativen hatten ihr Mißtrauen in der Arbeitslosenpolitik der Regierung in Form eines Antrages auf Herabsetzung des Gehalts des Arbeitslosenministers Thomas ausgesprochen. Der Antrag wurde bei Schluß der Aussprache bei Stimmenthaltung der Liberalen mit 224 gegen 209 Stimmen abgelehnt. Von der Arbeiterpartei hatten wieder 15 Mitglieder, unter ihnen Maxton und der Sohn Baldwins, Oliver Baldwin, gegen die Regierung gestimmt. Die Stellungnahme gegen die Regierung in einer so wichtigen Frage wird am Mittwoch die Sitzung des Vollzugsrates der Arbeiterpartei beschäftigen.

Die englische Arbeiterpartei zu Briands Plan

London. Der „Daily Herald" schreibt zu dem von Briand aufgeworfenen Problem einer europäischen Föderation:

Das Memorandum sei außerordentlich vieldeutig, wo es sich um Einzelheiten handle. Einmal gewinne man den Eindruck, als ob nichts weiter als eine zusätzliche Gruppe innerhalb des Völkerbundes geschaffen werden solle. Dann wieder scheine es, als ob eine tatsächliche Föderation geplant sei. Das erstere sei geeignet, den Wagen des Völkerbundes durch ein fünftes Rad zu ergänzen, was unter Umständen neue Schwierigkeiten bereiten könnte. Ein europäischer Block innerhalb des Völkerbundes müsse Verdacht und Reibungen zwischen den europäischen und nichteuropäischen Mitgliedern des Völkerbundes erzeugen und es sei schwer einzusehen, welche Vorteile den Nachteilen gegenüberständen. Briands Wünsche gingen sicherlich weiter. Aber man gewinne den Eindruck, daß der französische Außenminister vor den gigantischen Schwierigkeiten einer wirklichen Föderation zurückschrecke. Sowjetrußland greife weit über Europa hinaus und Großbritannien stehe nur mit einem Fuß in Europa. Aber auch Frankreich, Holland, Portugal und in geringem Maße Italien seien nicht nur europäische Mächte. Briand sei altmodisch. Der Kampf gegen den Nationalismus, gegen veraltete Souveränitätsvorstellungen und gegen ökonomische Kirchturmpolitik müsse fortgesetzt werden. Aber Briand rolle die Front auf einer zu schmalen Basis auf. Man müsse fürchten, daß die Ergebnisse seines furchtsamen Planes in Italien und in einzelnen kleinen Staaten Befürchtungen über eine französische Vorherrschaft in Europa sein, in Sowjetrußland Angst vor einer antirussischen Politik erzeugen, sowie in den Vereinigten Staaten Furcht vor einer antiamerikanischen Politik schaffen würden. Daraus könne man den Schluß ziehen, daß man weiter gehen müsse, wenn man infolge Briands Plänen nicht schlechter fahren wolle.

Oberbürgermeister Böß dienstentlassen

Berlin. Der Amtliche Preußische Pressedienst meldet: In der Disziplinarsache gegen Oberbürgermeister Böß fand am Dienstag, den 20. Mai d. Js. unter dem Vorsitz des Präsidenten Mooshake die mündliche Verhandlung statt. Das Gericht fällte folgendes Urteil: Der Angeschuldigte hat die Pflichten verletzt, die ihm sein Amt auferlegte und sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordern, unwürdig gezeigt. Er wird deshalb mit Dienstentlassung bestraft. Dem Angeschuldigten wird auf Lebenszeit Zweidrittel des ihm reglementmäßig zustehenden Pensionsbetrages als Unterstützung gewährt. Die baren Auslagen des Verfahrens fallen dem Angeschuldigten zur Last.

Der Angeschuldigte hat sofort gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Sowjetrussische Gewerkschaftsführer in Ungnade gefallen

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist die Tagung des allrussischen Gewerkschaftsbundes am Montag geschlossen worden. Im Präsidium ist eine Reihe von Aenderungen vorgenommen worden. Sechs seiner Mitglieder, und zwar Dogadow, Akulow, Jtschanski, Schwarz, Figazer und Wladimirow sind nicht wiedergewählt, sondern, wie es in dem amtlichen Bericht heißt, „auf ihren eigenen Antrag von dem bisherigen Amt befreit und einer anderen Arbeit zugeführt worden". Darüber hinaus sind sechs weitere Kandidaten für das Amt der Präsidialmitglieder nicht gewählt worden. Auf ihre Posten wurden zuverlässige Anhänger Stalins gewählt. In einer Entschließung sprach sich der Gewerkschaftsbund für die Durchführung des Fünfjahresprogramms, für die Innehaltung der Generallinie der Partei und gegen alle Abirrungen aus.

Die BIZ-Aktien in Paris 150-fach überzeichnet

Paris. Der französische Anteil der BIZ-Aktien, 16 000 Stück, wurde am Dienstag in Paris zur Zeichnung aufgelegt. Die Demission wurde schätzungsweise 150fach überzeichnet.

Proteststreik der Juden in Palästina

Jerusalem. Wegen des Einwanderungsverbotes herrscht in der jüdischen Bevölkerung des ganzen Landes große Erregung. Der jüdische Nationalrat hat für Donnerstag einen allgemeinen Proteststreik angeordnet.



Die Ausstattung eines päpstlichen Auto[s]

das die Stadt Mailand dem Heiligen Vater zum Geschenk gemacht hat. Der Wagen, der einen Wert von drei Millionen Lire hat, ist in venezianischem Stile des 17. Jahrhunderts eingerichtet — die Holzteile sind mit Gold, Silber und Elfenbein ausgelegt. Für den Fall, daß der Papst in Begleitung auszufahren wünscht, kann der Thronsessel durch zwei Sitze ersetzt werden.

Polnisch-Schlesien

Morgenstunde

Komm, o Mensch, hinaus ins Feld und siehe
wie sich schon in aller Morgenfrühe
unsre kleinen Vögelein erheben!
Kaum beginnt es noch, sich aufzuhellen,
und schon schmettern lustige Gesellen
froh ihr Morgenlied, aus Lust am Leben.

Fröhlich zieht die Lerche ihre Kreise
und die Ackerleute summen leise
jene alten Frühlingsmelodien.
Buntgesprenkelt sind die Parkrabatten.
Bellis, und die schönen, farbensatten
Violas jetzt um die Wette blühen.

Ha, und auch die lieben Herrn Kollegen
profitieren von dem Morgensegen!
Denn in allerfrühster Herrgottsfrühe
sitzen sie schon wacker auf dem Stühlchen
und beschreiben fleißig ihr Gefühlchen,
teils mit Lust, teils mit gewisser Mühe.

Alle diese Dinge von Bedeutung
liesest du dann in der Morgenzeitung
nach dem Kaffee und dem kühlen Bade.
Und du hebst den Blick verzückt nach Oben
und beginnst, die schöne Zeit zu loben.

Schade! oki.

Die Anmeldungen zur Minderheits-Volksschule

W. T. B. Berlin. Die Polnische Telegraphenagentur hat in einer Warschauer Meldung vom 15. Mai festgestellt, daß die Mitteilungen, die der polnische Außenminister Zaleski am 13. Mai in Genf dem deutschen Reichsaußenminister über Formalitäten bei den diesjährigen Anmeldungen der Kinder zu den öffentlichen Minderheitsschulen in Polnisch-Oberschlesien gemacht hat, sich auf Verfügungen beziehen, die von der polnischen Regierung aus eigener Initiative auf Grund ihrer freien Entschließung bereits vorher getroffen worden waren.

In dieser an sich zutreffenden Meldung der Polnischen Telegraphenagentur fehlt leider eine Wiedergabe der wesentlichen Einzelheiten der polnischen Neuregelung, die in den interessierten Kreisen Polnisch-Oberschlesiens noch völlig unbekannt zu sein scheint. Dies wird auch durch die in den letzten Tagen erschienenen Veröffentlichungen der deutschen Presse Ostoberschlesiens bestätigt, die die irrtümliche Auffassung vertreten, daß nach wie vor das persönliche Erscheinen der Erziehungsberechtigten vor der Anmeldekommission erforderlich sei.

Demgegenüber wird auf die bereits unter dem 13. Mai aus Genf gegebene WTB.-Meldung verwiesen, die den Sachverhalt klargestellt hat. Es sei nochmals hervorgehoben, daß nach den mündlichen Versicherungen des polnischen Außenministers kein Zweifel daran bestehen kann, daß ein persönliches Erscheinen der Erziehungsberechtigten vor der Anmeldekommission nicht mehr gefordert wird, sondern daß die Erziehungsberechtigten die Anmeldeformulare, deren Abholung bei dem Vorsitzenden der Anmeldekommission durch Angehörige, Freunde oder Boten zuläßig ist, zu Hause ausfüllen und mit Boten oder Post der Anmeldekommission übersenden können.

*

Wir haben bereits gestern diesen Sachverhalt berichtet und geben heute zur Bestätigung die offizielle Wolfmeldung wieder. Wir finden, daß die polnischen amtlichen Stellen diesen „großzügigen" Sachverhalt weit eher hätten bekanntgeben sollen und in so klarer Weise, daß sie nicht erst wieder eines Kommentars von außen bedurften. Es handelt sich auch nicht um ein Entgegenkommen polnischerseits, sondern um die klare Durchführung von Beschlüssen, die eben in Oberschlesien auf eigene Art Anwendung fanden.

Vorbeigetreten

Das ist nun einmal nicht zu bestreiten, daß es den Herren Sanatoren bei der letzten Wahl zum Schlesischen Sejm gottsjämmerlich schlecht ging. Jahrelang hatten sie den oberschlesischen Kumpel mit mageren Bettelsuppen gefüttert, mit dauerndem Schwertgerassel einen ziemlich fragwürdigen Patriotismus gemimt. Und weil so zwischen dem Gestampfe und Gedröhne der Maschinen im Industrierevier tatsächlich keine anderen Geräusche vernehmbar waren, als das Heldengebrüll der Wackeren um Kula und Grzesik, konnte der oberflächliche Beobachter tatsächlich auf den Gedanken kommen, daß hier alle Vernunft verloren ist.

Der oberschlesische Kumpel, der Landmann und der Gewerbetreibende aber dachte sich sein Teil bei dem unheimlichen Kriegsgeschrei seiner „Erretter". Wie der Bürger unseres arbeitsreichen Landes ja überhaupt weniger zu reden und mehr zu denken und dann zu handeln pflegt. Und als der Tag der Wahl nun endlich kam, da nahm der Staatsbürger der Wojewodschaft den richtigen Stimmzettel, steckte ihn gelassen in die Urne, ohne sich um das Geschrei der allein richtigen Patrioten zu kümmern. Und jetzt stehen die da, wie die beregneten Ferkel.

Noch hat man nicht gehört, daß dieser wirklich erfreuliche Sieg der Vernunft hier in der Wojewodschaft den Vernünftigen die Köpfe verdreht hätte. Die wissen ganz genau, daß dieser Wahlsieg noch nicht die Entscheidung ist. Noch stehen ziemlich starke Auseinandersetzungen bevor mit Mächten, die entschieden wesentlicher sind als der Stimmzettel. Aber weil der Bürger der Wojewodschaft das weiß, bleibt er kalt und ruhig, entschlossen zur Tat. Er ist natürlich stets bereit, zu einer sachlichen und wirklich nützlichen Arbeit auch dem Gegner die Hand zu bieten. Bevormunden wird er sich freilich nicht lassen. Die Herren Nationalisten innerhalb der weiß-roten Grenzpfähle werden sich damit schon abfinden müssen.

Aber auch die Nationalisten drüben, um Gleiwitz herum. Und es ist nicht besonders klug vom Ortsverein Gleiwitz der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, wenn er ausgerechnet in dieser kritischen Zeit da mit Hurra und Säbelgerassel anfängt, wo die glorreichen Aufständischen damit aufhören. Herr Bürgermeister Colditz ist doch sonst nicht der geistig Mittelloseste seiner lieben Gemeinde.

Dieser segensreiche Verein nun hat eine Epistel an den Völkerbund gerichtet. An sich nichts welterschütterndes. Es werden viele solcher schriftlichen Meinungsäußerungen an den Völkerbund gerichtet. Die haben in Genf einen ganz besonderen Sekretär dafür angestellt, der alle diese Brieflein fein säuberlich zusammenbindet und in den Ofen steckt, wenn die Tage kühl werden. Die gute Göttin Klio hätte viel zu tun, und sie müßte sich auf ihre alten Tage noch eine Schreibmaschine zulegen, wenn sie alle diese Erzeugnisse einer kranken Zeit eintragen wollte ins Buch der Geschichte. Schade darum, denn das Buch selbst würde an Kurzweil und Heiterkeit erheblich gewinnen.

Besagter Verein von Gleiwitz stellt also erstens fest, daß die Deutschen in der Wojewodschaft die stärkste Partei sind, wie die Wahlen zum Schlesischen Sejm erwiesen hätten. Sie seien diesmal, neun Jahre nach dem ersten Plebiszit und trotz der Abwanderung von mehr als 100 000 Deutschen aus der Wojewodschaft immer noch die Stärkeren geblieben. Das sei also so gewissermaßen eine zweite Abstimmung, ein neuer Sieg der Deutschen trotz Terror und Verhinderung deutscher Versammlungen. Eine entschiedene Absage an Polen und die Unterdrückungspolitik des Wojewoden.

Die Arbeitervertreter im Schlesischen Sejm

Ist eine Zusammenarbeit der Arbeitervertreter möglich? — Positive sozialistische Politik — Der politische Kristallisierungsprozeß in den Arbeitermassen

Im ersten Schlesischen Sejm hat gleich nach den Wahlen die P. P. S. 8 Vertreter und die D. S. A. P. 2 Vertreter gehabt, zusammen 10 Arbeitervertreter. Wir haben aber in Polnisch-Oberschlesien eine Partei, die sich auch Arbeiterpartei schimpft, in Wirklichkeit aber die Interessen der besitzenden Klasse vertritt und das ist die N. P. R. Diese Partei stützt sich aber lediglich auf die Arbeiterschaft, und ihre Vertreter werden ausschließlich durch die Arbeiter gewählt. Die N. P. R. hatte im ersten Sejm 7 Abgeordnete gehabt. Werden wir die N. P. R. zu den Arbeiterparteien rechnen, so ergibt das 17 Arbeitervertreter im ersten Schlesischen Sejm.

In dem neugewählten Schlesischen Sejm stellt sich die Sache viel ungünstiger dar. Die P. P. S. hat bekanntlich 4 Sejmmandate erobert und die D. S. A. P. 1 Mandat, zusammen 5 Mandate oder nur die Hälfte des ursprünglichen Besitzstandes. Es ist zwar eine neue Arbeiterpartei hinzugekommen, die Kommunisten, mit ihren zwei Mandaten, aber das vermag die Verluste nicht wettzumachen. Jedenfalls sind die zwei gewählten Kommunisten Arbeitervertreter. Denn sie wurden durch die Arbeiter gewählt. Werden wir die zwei Kommunistensitze im Sejm den fünf sozialistischen zuschlagen, so ergibt das zusammen 7 Arbeitervertreter.

Dann haben wir noch die N. P. R., die bei den letzten Sejmwahlen von den früheren 7 Mandaten nur noch 3 in den neuen Sejm hinüberretten konnte. Wenn wir also diese drei Mandate den genannten 7 Mandaten zuschlagen, so ergibt das zusammen 10 Arbeitervertreter im Schlesischen Sejm. Gewiß gibt es noch etliche „Arbeitervertreter" im Korfantyklub, der Deutschen Wahlgemeinschaft usw., doch ist auf diese Arbeitervertreter kein Verlaß. Solche hat es auch in dem ersten Sejm gegeben und wir waren Zeugen, wie sie die Arbeiterinteressen „vertreten" haben. Ein Arbeitervertreter, der mit den Vertretern des Kapitals und des Klerus gemeinsame Sache macht, kann mit Recht als Arbeiterverräter, niemals aber als Arbeitervertreter genannt werden. Wenn es selbst darunter „ehrliche" Arbeitervertreter wären, die tatsächlich die Absicht haben, die Arbeiterinteressen zu vertreten, so ist das nicht denkbar, weil die Mehrzahl ihrer Klubkollegen nicht zulassen wird, daß die Interessen der Besitzenden zugunsten der Arbeiter geopfert werden. Diese Sorte von Arbeitervertretern kommt überhaupt nicht in Frage.

Nun sehen wir uns die Arbeitervertreter, die wir anfangs angeführt haben, näher an. Sie sind 10 Mann stark, bilden also ein Fünftel des Schlesischen Sejms. Die fünf Sozialisten haben sofort einen sozialistischen Sejmklub gebildet, der sich auch schon konstituiert hat. Daß die Kommunisten und die N. P. R.-Vertreter dem Sozialistenklub beitreten werden, davon ist selbstverständlich keine Rede. Die Sozialisten haben kein Verlangen danach und die anderen denken auch nicht daran. Eine andere Frage ist aber die Zusammenarbeit im Sejm, wenigstens eine Stille, wenn Arbeiterinteressen in Betracht kommen werden. Ist diese Zusammenarbeit möglich? Der sozialistische Klub wird hier seine Pflichten voll erfüllen, dessen können wir sicher sein. Sie werden, wie Genosse Glücksmann sagte, die kapitalistischen Vertreter an ihre Wahlversprechungen im Sejm erinnern und sie dazu zwingen, Farbe zu bekennen. Geht es aber schon um die zwei Kommunisten, so ist man nicht sicher, wie sie sich im Sejm benehmen werden. Werden sie positive Arbeit leisten wollen, oder werden sie nur demonstrieren? Bald wird sich ja zeigen, was die beiden Kommunisten im Schilde tragen.

Wenn wir hier von einer positiven Arbeit im Sejm reden, so meinen wir nicht darunter die positive Arbeit mit den bürgerlichen Sejmklubs, denn diese „positive" Arbeit wird auch der sozialistische Sejmklub nicht machen können. Wir denken aber an die positive sozialistische Politik im Sejm, so wie sie den Arbeiterinteressen entspricht. Vernünftige Arbeitervertreter, selbst Kommunisten nicht ausgeschlossen, sollten sich darauf schreiben und alles regieren. Diese Politik treiben die Kommunisten im Warschauer Sejm, indem sie alles in Bausch und Bogen verurteilen.

Davon werden die Arbeiter jedoch nicht satt und das erleichtert den kapitalistischen Vertretern wesentlich die Arbeit.

Was die drei N. P. R.-Vertreter im Sejm machen werden, ist auch nicht klar. Im ersten Schlesischen Sejm sind sie mit den Korfantysten durch dick und dünn zusammengegangen. Höchstwahrscheinlich werden sie sich auch diesmal einer der polnischen nationalen Partei an die Rockschöße hängen. Dadurch wird sich aber die N. P. R.-Partei völlig zu Grunde richten. Die Kompromisse haben sie viel gekostet, aber zu einer selbständigen Arbeiterpolitik wird sich die N. P. R. kaum aufraffen können.

Wie gesagt, es besteht sehr wenig Hoffnung, daß sich die Arbeitervertreter im zweiten Schlesischen Sejm auf irgend einer politischen Plattform für eine Zusammenarbeit einigen werden. Der neu konstituierte sozialistische Sejmklub wird lediglich auf sich selbst angewiesen sein, die Arbeiterinteressen zu vertreten. Schaden kann das jedenfalls nicht, denn seine positive sozialistische Arbeit im Sejm, wird den Kristallisierungsprozeß im politischen Leben in der Wojewodschaft beschleunigen.

Krakau, die polnische Industriemetropole

Krakau annektiert die polnischen Kohlengebiete — Die geistige Metropole — Appetit auf die Ingenieurschule

In Krakau geschehen Wunderdinge. Die braven Krakauer haben gehört, daß in Kattowitz die Polytechnik gebaut werden soll. Anfangs standen sie ratlos da. Eine Polytechnik kostet 30 Millionen Zloty und diese kann man nicht aus dem Aermel schütteln. Die Krakauer sind an Geldnehmen gewöhnt, aber das Geldgeben das paßt ihnen ganz und gar nicht. Die Krakauer haben sich in Polen gründlich repariert. Was arbeitslose Kopfarbeiter sind, das wissen sie überhaupt nicht. Die Krakauer Kopfarbeiter sind in ganz Polen zerstreut und nehmen exponente Stellen als „Radca" oder gar als „Oberradca" ein. Es geht ihnen besser als allen anderen.

Nun soll die vierte Polytechnik in Polen gebaut werden und man spricht von Kattowitz als Sitz der neuen Hochschule. Das kann unter keinen Umständen geschehen, denken die braven Krakauer. Aber wie kann man das verhindern, wenn man für die Schule keinen Groschen ausgeben will. Das ist jedenfalls eine heikle Sache. Doch wissen sich die Krakauer zu helfen. Sie haben ihren „Blagierek" und der bringt alles fertig. Schnell holte man sich einen Ingenieur aus Starachowice, den östlichen Provinzen. Der kam gleich mit dem Zirkel und der Reißschiene nach Krakau. Die Landkarte wurde zur Hilfe genommen und um Krakau herum ein Kreis gezogen und zwar auf solche Art, daß nicht nur Kattowitz, aber auch Oppeln und Karwin innerhalb des Kreises zu liegen kommen. Nachdem das geschehen ist, wurden diverse Striche und Zeichen im Kreise gemacht, die den Beweis liefern, daß die Kohlenflöze sich in der Erde um Krakau herum befinden. Dann machte man Querstriche noch, die Sprachgebiete bezeichnen sollen. Es verblieb noch die Eisenbahn, aber damit machte man sich kein Kopfzerbrechen. Man zog gerade Linien nach Breslau, Brünn, Wien, Dresden, Prag und Budapest und die Sache war fertig.

Dann hielt der Herr Ingenieur Sippko — so heißt nämlich der Mann mit dem Zirkel — einen lehrreichen Vortrag, in welchem er seine Zirkelarbeit begründete. „Krakau war früher eine Grenzstadt, aber diesen Charakter trägt es nicht mehr, denn Krakau hat ihre alte historische Bedeutung wieder gewonnen. Sie ist die geistige Metropole für die südlich-westlich gelegenen polnischen Gebiete geworden. Sie liegt im Zentrum des großen polnischen Kohlengebietes. Daher mußte sie neben der alten Jagiellonen-Universität die Bergakademie schaffen, die das ganze polnische Kohlengebiet mit Bergingenieuren versorgt. Dank ihrer außerordentlich günstigen geographischen Lage, ist Krakau der Sitz der Hochschulen geworden. Die Konzentrierung der gesamten polnischen Schwerindustrie in Krakau ist eine Selbstverständlichkeit. Auch für die Konzentrierung der gesamten Verwaltung der politischen, wirtschaftlichen und der Zollbehörden ist eine Frage die sich mit Leichtigkeit durchführen läßt". Das war also der Sinn des Vortrages des Ingenieurs Sippko aus Starachowice und der „Blagierek" druckt jetzt eine ganze Serie von Artikeln über diesen „lehrreichen" Vortrag und bringt selbstverständlich die von ihm gezeichneten Mappen zur Veröffentlichung. Auf allen diesen Mappen liegt die Stadt Krakau in der Mitte oder fast in der Mitte und die braven Krakauer sind über die Nacht mit ihrer Stadt die Industriemetropole von Polen geworden.

Ueber die Geldfrage macht man sich dann keine Sorgen mehr. Wozu ist denn Polnisch-Oberschlesien da. Die Ingenieurschule wird doch für die schlesische Schwerindustrie die Ingenieure heranbilden und da ist es klar, daß die schlesische Wojewodschaft das Geld hergeben muß. Die Wojewodschaft baut schließlich in Krakau Internate, Geistlichen-Seminare und spendet Geld für Kirchenbauten und da kann sie auch in Krakau die Ingenieurschule bauen. Dafür wird Krakau die kantigen Oberschlesier ein wenig schleifen und ihnen die höhere Kultur beibringen. Vor allem wird Krakau den Schlesiern etwas Patriotismus beibringen und sie gründlich polonisieren, denn darauf kommt es doch hauptsächlich an.

Jedenfalls schlaue Leute, das muß man schon den Krakauern sein lassen. Sie verstehen das Geschäft zu machen, denn um das Geschäft handelt es sich hier lediglich. „Industriemetropole" eröffnet alle möglichen Aussichten. Vor allem gute und fette Posten, Belebung des Handels, gute Beziehungen und was sonst daran hängt und bammelt. Aber daraus wird nichts. Die kantigen Schlesier haben ihren Sejm und sind auch sonst trotzig und haben schon längst ihre Meinung über die „geistige Hauptstadt" des polnischen „Südwestens". Diesmal wurde die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Soweit hat der Gleiwitzer Verein so ziemlich recht, wenn er die Dinge vom etwas einseitigen Gesichtswinkel des deutschen Nurpatrioten ansehen will. Ein sehr enger Gesichtswinkel, den glücklicherweise nur einige wenige von den 34 Millionen wahlfähiger deutscher Staatsbürger haben. Aber was nun kommt, ist reichlich verworren, unheimlich sybillenhaft. Denn nun heißt es im Schreiben weiter: „Die Bewohner Westoberschlesiens fühlen sich durch die Expansionspolitik Polens bedroht und bitten den Völkerbund um Wiedergutmachung des Genfer Irrtums und Wiedervereinigung Ostoberschlesiens mit Deutschlands".

Komisch. Die Deutschen Ostoberschlesiens haben gezeigt, daß sie Kerle sind. Sie haben sich nicht einschüchtern lassen durch den niederträchtigen Terror der Sanatoren. Haben ihren Wahlkampf mit Würde geführt und dem Feinde nicht nur eine schwere Niederlage, sondern auch so nebenbei die nötige Achtung beigebracht. Wer in diesem Kampfe der restlos Besiegte ist, kann ein altes Weib mit dem Krückstock fühlen. Die Gleiwitzer Helden aber graulen sich vor den Besiegten in der Wojewodschaft wie die jungen Hunde!

Im Ernst werden sich die guten Leutchen doch wohl selbst nicht einbilden, daß ihr wenig geistreiches Schreiben an den Völkerbund die alten Knaben in Genf bestimmen wird, sich gleich an den Tisch zu setzen und die Grenzen zu revidieren. Wozu also das unnütze Gedröhne? Hat man in Gleiwitz nichts besseres zu tun, als Pferde scheu zu machen?

Die „Polska Zachodnia" und der „Kurjer Ilustrowany" werden sich natürlich freudestrahlend auf diesen mageren Knochen stürzen. Ihnen wird das, was die Gleiwitzer so in der Bierlaune verzapften, selbstverständlich göttliche Offenbarung und blutige Tatsache sein. Sie sind ziemlich stark bedeppert hervorgegangenen aus der Wahlschlacht und da ist ihnen jeder Fehler, der von deutscher Seite gemacht wird, ein gefundenes Fressen. Die Deutschen in der Wojewodschaft haben bisher keinen Fehler gemacht. Ruhig und sachlich haben sie den Sieg ertragen.

Und das ist vielleicht ihr größter Sieg.

Hoffen wir, daß die Gleiwitzer auch wieder zu sich kommen. — ky.

Die erste Sejmsitzung am 27. Mai

Wie die Warschauer Presse zu melden weiß, hat der Staatspräsident ein Dekret über die Einberufung des Schlesischen Sejm bereits unterzeichnet. Nach diesem Dekret wird die erste Sitzung am 27. Mai stattfinden. Der schlesische Wojewode, Dr. Grazynski, weilt in Warschau, und das Dekret über die Sejmeinberufung befindet sich bereits in seinen Händen. Morgen wird das Dekret im „Monitor Polski" (Amtsblatt) veröffentlicht. Im Namen der Regierung wird die erste Sejmsitzung der schlesische Wojewode einberufen und sie mit einer Ansprache eröffnen. Dann übernimmt die Leitung der Sitzung der Alterspräsident, der auch die Wahl des Präsidiums durchführen wird.

In Kattowitz sind Gerüchte im Umlauf, daß der Chadecjaklub die Absicht hat, Korfanty zum Sejmmarschall des zweiten Schlesischen Sejms vorzuschlagen. Die Gerüchte haben eine große Bestürzung im Lager der Sanacja hervorgerufen. Sie betrachten die Kandidatur Korfantys als eine Provokation, und hoffen, daß sich dieser Kandidatur der deutsche Klub widersetzen wird. Nach unserem Dafürhalten sind die Gerüchte über die Kandidatur Korfantys unbegründet. Der Sejmmarschall ist an gewisse Voraussetzungen gebunden und Korfanty wird sich im Sejm freie Hand behalten wollen. Der Sejmmarschallposten könnte ihn daran nur hindern, daher erscheinen uns die Gerüchte unwahrscheinlich.

Die Giesche-Spólka will Kohle nach Spanien liefern

Die Generaldirektion der Giesche-Spolka in Kattowitz wandte sich mit einem umfangreichen Memorial an die polnische Regierung, in welchem der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Polen und Spanien verlangt wird, und zwar mit dem Hinweis, daß ein Handelsvertrag mit Spanien der Spolka ermöglichen wird, Kohle nach Spanien zu liefern. Der polnische Kohlenexport nach Spanien steigt von Jahr zu Jahr und betrug seit 1928 1 509 000 Tonnen. Auf den spanischen Märkten hat sich England festgesetzt und England setzt dort jährlich 1 499 000 Tonnen Kohle ab.

Die englische Kohle genießt in Spanien gewisse Privilegien, denn die Zollsätze für englische Kohle betragen 4,50 Peseta für die Tonne, während bei Kohle aus anderen Staaten 7,50 Peseta Zoll erhoben werden. Zumal Polen mit Spanien überhaupt keinen Handelsvertrag abgeschlossen hat, sind die Zollsätze für die polnische Kohle noch wesentlich höher, weshalb eine Konkurrenz nicht möglich ist. Wird aber zwischen Polen und Spanien ein Handelsvertrag abgeschlossen, dann werden zweifellos die Zollsätze für die polnische Kohle herabgesetzt. Polen wird dann viel größere Kohlenmengen in Spanien absetzen können.

Man muß sich wirklich wundern, daß sich die polnische Regierung erst von den Industriellen daran erinnern läßt, Handelsverträge mit großen Staaten abzuschließen. Wozu haben wir denn die Diplomaten da? — — —

Die Spólka Bracka in Nöten

Merkwürdige Anschauungen — Nicht das Alter, sondern die Arbeitsfähigkeit entscheidet Und die Statuten der Knappschaft?

Die Verwaltung der Spolka Bracka in Tarnowitz hat in den letzten Tagen folgendes Rundschreiben an die verschiedenen Industrieverwaltungen gerichtet:

Tgb. Nr. P. III O. 1/271.

An sämtliche Knappschaftsbetriebe.

Nach unseren Feststellungen ist die Zahl der Mitglieder, die um Erteilung einer Invaliden-Pension ersuchen, in den letzten drei Monaten außerordentlich gestiegen. Das Anwachsen der Invalidenzahl bewirkt, daß das ziffernmäßige Verhältnis der Mitglieder gegenüber den Pensionierten sich mit jedem Tage verschlechtert. Dies ist eine Folge der Reduktion vor allem älterer Mitglieder. Eine große Anzahl noch arbeitsfähiger Mitglieder, deren Arbeitsfähigkeit unter normalen Verhältnissen niemand anzweifeln würde und die gern weiterarbeiten würden, falls sie nicht reduziert würden, nimmt ihre Zuflucht zur Invaliden-Pension, anstatt zum Arbeitslosenfonds, als der für sie zuständigen Instanz. Eine solche ungebührende Belastung der Pensionskasse der Knappschaft an Stelle des Arbeitslosenfonds kann einen Zusammenbruch unserer Pensionskasse hervorrufen, was durchaus nicht im Interesse der öffentlichen Ruhe und auch nicht im Interesse der Arbeitgeber liegt.

Wir erachten es daher als unsere Pflicht, die Knappschaftsbetriebe dringend zu ersuchen, bei der Reduktion ihrer Belegschaften sich nicht ausschließlich vom Alter der Arbeiter leiten zu lassen, sondern von ihrer Arbeitsfähigkeit, daß sie also mit anderen Worten noch vollkommen arbeitsfähige Arbeiter nicht lediglich reduzieren, weil sie bereits ein Alter erreicht haben, in welchem in der Regel die Invalidität beginnt.

Insbesondere müssen wir verweisen, daß die Knappschaftsbetriebe in den Anträgen um Erteilung einer Invaliden-Pension jedem Antragsteller, sowohl einem älteren wie auch einem jüngeren, sogar mit 100prozentiger Arbeitsfähigkeit bescheinigen, daß sie ihn als arbeitsunfähig betrachten.

Ein solches Verfahren erregt nur Unzufriedenheit bei den um Invaliden-Pension angehenden Mitgliedern. Wird nämlich unter diesen Umständen auf Grund einer ärztlichen Untersuchung der Antrag um Erteilung einer Invaliden-Pension abgewiesen, so sieht der Antragsteller in den Organen der Knappschaft lediglich den ihm übelgesinnten Faktor, der ihm trotz der erwähnten Bescheinigung des Betriebes über seine Arbeitsunfähigkeit die Pensionierung vorenthält. Wir gestatten uns daher zu bemerken, daß die Beurteilung der Arbeitsfähigkeit ausschließlich der Kompetenz des Arztes unterliegt, daß ferner laut gesetzlichen und statutenmäßigen Bestimmungen das Anrecht auf Invaliden-Pension ausschließlich von der tatsächlichen Arbeitsunfähigkeit abhängt. Dagegen können Arbeitsmangel, Not und schwierige Wirtschaftslage des Antragstellers keinesfalls in Erwägung gebracht werden bei der Entscheidung des Pensionierungsantrages.

Als arbeitsunfähig können demnach ohne Rücksicht auf das Alter ausschließlich solche Arbeiter angesehen werden, die die Fähigkeit zur Ausübung **einer jeden der wesentlichen Berg- und Hüttenarbeiten** nicht besitzen und diese Arbeiten auch dann nicht verrichten könnten, wenn sogar ein Mangel an Arbeitskräften bestehen würde.

Wir bitten, obige Grundsätze zu beachten und sie den zuständigen Stellen zur Kenntnis zu überreichen mit der Anweisung, sich bei der Beurteilung der Arbeitsfähigkeit der um Invaliden-Pension angehenden Mitglieder, insbesondere bei Revisionsuntersuchungen, genau nach diesen Grundsätzen zu richten.

(—) Unterschrift.

Soweit das Rundschreiben. Es mutet aber befremdend an, daß sich die Verwaltung der Spolka Bracka dagegen wendet, daß sich in der letzten Zeit so viele Mitglieder um die Pensionierung bemühen, anstatt sich an das Arbeitslosenamt zu wenden, um eventuell eine Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Uns wundert dieser Vorgang überhaupt nicht, weil sich die in Frage kommenden Personen nur an die Statuten halten, die es vorschreiben, daß das betreffende Mitglied mit 52 Jahren pensionsberechtigt ist. Somit ist es ein natürliches Bestreben der Pensionskassenmitglieder, um in den Genuß der Rente zu kommen.

Man verweist darauf, daß sich die zur Entlassung gekommenen Personen an das Arbeitslosenamt wenden sollen, um eine Unterstützung zu erhalten. Jedoch verweist das Arbeitslosenamt in den allermeisten Fällen gerade die älteren Arbeiter an ihre Knappschaftsältesten, damit sie pensioniert werden. Wir finden dieses auch für richtig, denn auf Grund der jahrzehntelang gezahlten Beiträge soll den Mitgliedern das gewährt werden, was ihnen laut den Statuten zusteht. In den Streit, warum gerade die älteren Arbeiter zum größten Teil zur Entlassung kommen, wollen wir uns nicht hineinmischen, weil da verschiedene Umstände mitspielen, worüber ein anderes Mal mit den Arbeitgebern geredet werden soll.

Der „verdächtige" Ausflug der deutschen Sozialisten

An dem Ausflug des deutschen „Touristenvereins" am vergangenen Sonntag nach Sadole bei Kattowitz, hat die „Polonia" Anstoß genommen. Sie schreibt darüber, daß sie gegen solche Ausflüge nichts einzuwenden habe, daß aber die Mitglieder des „Touristenvereins" dort viel Lärm geschlagen haben und sich laut „revolutionär gebärdet" haben sollten. Ueber die „revolutionäre Gebärdung" wissen wir nichts, möchten aber feststellen, daß die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei den Ausflug weder organisiert, noch geleitet hat, denn, wie die „Polonia" wichtig bemerkt, der Ausflug von dem „Touristenverein" veranstaltet wurde, auf den unsere Partei keinen Einfluß hat. Doch nehmen wir an, daß es mit der „revolutionären Gebärdung" wohl nicht so schlimm gewesen war, daß die „Polonia" sich gleich genötigt sah, die Polizei anrufen zu müssen. Touristen pflegen sonst ein wenig ausgelassen zu sein, und man braucht deshalb nicht gleich nach der Polizei zu rufen.

Der 9. Bundestag des Afabundes

Am Sonntag, den 25. Mai 1930, vormittags um 9 Uhr, findet im Saale des Christlichen Hospiz, ul. Jagiellonska 17, Kattowitz, die fällige Bundeskonferenz statt.

Die Tagesordnung ist folgende:

Vormittags-Tagung.

1. Vortrag des Gesangschor der Jugendgruppe Kattowitz.
2. Eröffnung.
3. Wahl des Büros.
4. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
5. Berichterstattung
   a) Geschäfts- und Kassen-Bericht.
   b) Bericht des Bundes-Vorstandes.
   c) Bericht des Bundes-Beirates.
   d) Bericht der Revisoren.
   e) Diskussion zu Punkt 5.

Boston

Roman von Upton Sinclair

22)

Der Sturm drang auch in Cornelias Wickelraum, und die Frauen mußten mit der Arbeit aufhören, ob sie wollten oder nicht; denn das laufende Band hörte auf, sich zu bewegen. Sie nahm ihre Sachen und schloß sich den anderen an. Die Massen bewegten sich hin und her, erschrockene Polizisten riefen: „Weitergehen! Weitergehen! Nicht hier stehenbleiben!" Da und dort wurden kleine Versammlungen improvisiert, der Zug stockte; Cornelia sah einen Mann auf eine Laderampe springen, er trug einen abgeschabten blauen Sweater, eine Wollhaube und hatte einen Walroßschnurrbart, der die Hälfte seines Gesichts verdeckte. „Compagni! L'ora della riscossa e scoccata! Essa dara la liberta agli opressi," — worauf ein anderer Mann die Rampe erklomm und den Sprecher mit einem Stoß hinunterbeförderte. „Fort mit dir, du Hund, und untersteh' dich nicht, dich noch einmal hier zu zeigen!" Der Detektiv der Gesellschaft wandte sich an einen der Aufseher und fragte ihn: „Wer ist eigentlich der Wop, den sie ‚Barto' nennen, der mit dem Walroßschnurrbart? Wir werden ihn im Auge behalten müssen, er ist einer der Rädelsführer!"

3. Kapitel.

Der Streik.

1.

Schnee in der Luft, — hin und her gewirbelt von plötzlichen Windstößen; Schnee auf der Erde, rechts und links zu Wällen geschaufelt, die Wege in Schützengräben verwandelnd. Wachen und Polizisten vor den Toren der Tauwerkfabrik auf und ab gehend, den Atem wie Dampf ausstoßend; auf der anderen Seite Arbeiter, zusammengedrängt, mit den Füßen den Boden stampfend, die Finger anhauchend oder sie in den Achselhöhlen wärmend. Der Himmel niedrig, das Licht fahl, — die rechte Zeit, sich im Hause aufzuhalten. Aber niemand wich von der Stelle. Die alten Herren im Union-Club von Boston, die gemütlich in ihren Klubsesseln saßen, waren übereingekommen, den Wachen fünf Dollars pro Tag und den Aufenthalt im Hotel zu bezahlen; die standen dafür in der Kälte und hielten die Streikenden von den Toren fern; die Streikenden wiederum hofften, ihre Zahl und ihr drohendes Auftreten werde bewirken, daß sie künftig an jedem Donnerstag einen Dollar mehr in ihrer Lohntüte fänden; und sie hatten doch die Gewißheit, daß noch hungrigere arme Teufel ihren Arbeitsplatz besetzen würden, wenn sie die Flinte ins Korn würfen und weggingen. So standen sich die beiden Gruppen gegenüber. „Zurück da! Weitergehen!" „Was wollt Ihr denn? Hab' ich nicht das Recht, auf der Straße zu gehen?"

Endlos ging es hin und her zwischen den Wachen und den Streikposten. So kämpft die vollkommenste aller Zivilisationen um die Verteilung ihres Arbeitsproduktes.

Zweitausend Männer und Frauen standen im Streik, eine führerlose, in den verschiedensten Sprachen lärmende Masse. Wer immer eine Theorie hatte, wie man die Arbeiterbewegung fördern könne, oder wer gern Führer sein wollte, fand jetzt eine günstige Gelegenheit; die unorganisierte Masse begann, sich Organe zu schaffen. Die Sozialisten hatten ihren Treffpunkt in North-Plymouth; die Streikenden drängten sich in die weit geöffneten Eingänge der Rispicci-Halle, wo improvisierte Versammlungen abgehalten, Komitees gewählt und Reden gehalten wurden. Jeden Abend kamen Scharen von Anhängern, und schnell wurden die Propagandisten aus Boston herbeigerufen: Felice Guadagni, ein Journalist und Redner der Sozialisten, und Paul Blanshard, ein sehr junger Hilfsgeistlicher. Es gab noch einen großen Versammlungsraum, die Humberto-Ferrari-Halle, die bis zu den Türen voll war; und hier wurde in verschiedenen Sprachen der eifrigen Hörerschaft die Notwendigkeit der Solidarität und alle Einzelheiten, wie ein Streik zu führen sei, klargemacht. Zuerst muß man einen Aufruf verfassen und ihn dann an eine Reihe von Adressen versenden, um so Unterstützung zu bekommen. Der größere Teil der Arbeiter lebt am Rande der Not, und ihr Geld ist bald zu Ende. Wer Geld gespart hat, wird helfen, und von auswärtigen Arbeiterorganisationen wird auch etwas kommen. Am ersten Tag geben hundert Streikende je fünf Dollars, davon können Miete, Telephon, Telegramme, Briefmarken und Schreibmaschinen bezahlt werden. Die Sozialisten, Anarchisten und die J. W. W.'s bringen ihr Adressenmaterial; ein kleiner, schwacher Propagandaapparat der Arbeiterklasse beginnt zu funktionieren.

Am nächsten Tage wurde demonstriert; achtzehnhundert Arbeiter marschierten durch die lange Hauptstraße von Plymouth und passierten trotz Wächtern und Polizei die Betriebsanlagen der Tauwerkfabrik. Drei Tage später demonstrierten sie wieder, noch einmal so viele —, Frauen und Kinder trugen mit Miesmuscheln behängte Plakate, auf denen stand: Wir wollen diesen Dreck nicht mehr fressen! Das machte den Reportern Spaß, und sie brachten günstige Berichte.

Die Organisatoren kamen: einer vertrat die American Federation of Labor, die Gompers-Gewerkschaften, die sich bereit erklärten, ihnen zu helfen, kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn durchzusetzen. Ein anderer sprach für die J. W. W.'s, die helfen wollten, die Tauwerkindustrie zu übernehmen. Die Streikenden hörten beiden zu und fühlten sich zwischen beiden hin und hergezogen. Ihre Köpfe wurden noch verwirrter durch die Anarchisten, die brüllten, daß die Organisationen Fallen für die Arbeiter seien, ausgedacht von gefährlichen Beamten, die leben wollten, ohne zu arbeiten. Laßt die Arbeiter den Streik selbst führen, die Sympathisierenden sollen sich damit begnügen, Unterstützungsgelder zu sammeln und die Kinder zu füttern.

So dachte und sprach Bartolomeo Vanzetti. In dieser Krise überwand er seine Schüchternheit und Demut und entwickelte sich zu einem gewandten Redner. Aehnlich erging es auch manchem anderen Arbeiter, der plötzlich merkte, daß er eine Rede hielt. Zwei diskutieren miteinander. Andere stellen sich daneben und hören zu, bald ist es eine Menge. Treiben einen die Polizisten von der Streikpostenkette zurück, so bleibt man eben an der nächsten Straßenecke stehen und macht Krach. Und wenn sie einen weiterverfolgen, macht man an der nächsten Ecke wieder halt. Da gab es viele, die hören wollten und dabei lernten, was Solidarität bedeutet. Man lernt an einem Tag des „Feierns" mehr als in einem Monat der Arbeit. Die Tatsachen, die dieser Krise zu Grunde lagen, wurden in der ganzen Nacktheit sichtbar. Wenn einer irgend etwas nicht verstehen konnte, so waren andere bereit, es zu erklären. Es war überraschend, wie klar alles den Arbeitern durch diese täglichen Auseinandersetzungen wurde.

2.

Nicht viele Jahre früher, aber für Cornelia Thornwell waren es Jahrhunderte, hatte es in den Thornwell-Werken einen Streik gegeben, der in der üblichen Weise unterdrückt worden war. Cornelia war von ihrem Mann nach dem Landsitz ihrer Tochter Deborah an der Nordküste geschickt worden. Und so hatte sie nicht das Geschrei der Menge und nicht das Knallen der Revolver gehört und auch nicht die Wachtposten vor der Villa auf dem Hügel patroullieren gesehen. Ihr waren lediglich die Zeitungsberichte über die sinnlose Unvernunft der Streikenden und die Schilderungen bekannt, die Josiah und sein Schwiegersohn Jammes Scatterbridge davon gegeben hatten. Eine der Ursachen, die sie zu einer durchgegangenen Großmutter hatten werden lassen, war der unbestimmte Verdacht, daß die Art, wie jene den Streik erledigt hatten, reichlich sittenwidrig gewesen sei.

(Fortsetzung folgt.)

6. Berichterstattung der Mandatsprüfungskommission.
7. Entlastung des Bundes-Vorstandes und Bundes-Beirates.
8. Satzungsänderungen.
9. Neuwahlen.

Nachmittags-Tagung.

10. Begrüßung und Ansprache der Gäste.
11. Prämiierung der Verbandsjubilare.
12. Referat des Sejmabgeordneten Zerbe aus Lodz.
13. Anträge.

Die große Bettelei mit Pilsudskibildnis

Aus Warschau sind nach Kattowitz zwei Herren gekommen und haben ein Bildnis des Marschalls Pilsudski mitgebracht. Sie legitimieren sich als eine Abordnung des Kriegsinvalidenverbandes aus Warschau und weisen eine polizeiliche Bestätigung vor. Auch haben sie eine Empfehlung von der Wojewodschaft, die sie ebenfalls vorweisen und sammeln hier Beiträge für den Verband in Warschau. Sie haben einen Ausweis aller Firmen bei sich, die von der Regierung Aufträge erhalten. Werden sie abgewiesen, dann bekennen sie Farbe und drohen, daß die Firma auf weitere Bestellungen nicht mehr rechnen kann. Selbstverständlich berufen sie sich sofort auf den Marschall Pilsudski, dem sein Bildnis sie mitführen. Wer einen höheren Beitrag gibt, der wird ein solches Bildnis erhalten. Die „freiwilligen" Beiträge, wie sie das durch Quittungen nachweisen, beginnen von 500 oder von 1000 Zloty an.

Zweifellos verdient der Verband der Kriegsinvaliden eine Unterstützung, denn man soll den Kriegsopfern nach Möglichkeit helfen. Wir haben jedoch in Polnisch-Oberschlesien genug eigene Kriegsinvaliden und auch einen Invalidenverband. Hinzu kommt noch, daß wir auch die größte Arbeitslosigkeit haben, mithin ist hier die Not und das Elend zu Hause und die Lage der Kriegsinvaliden ist hier besonders schwer, weil sie auf Nebenverdienst gar nicht rechnen können. Daher ist es unbegreiflich, daß man auswärtige Sammler nach Schlesien schickt und ihnen Empfehlungen gibt.

Kattowitz und Umgebung

Wichtig für Steuerzahler! Das Finanzamt in Kattowitz gibt bekannt, daß die nächste Ratenzahlung der Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1929 am 15. Juni d. Js. fällig ist. y.

Autobusverkehr nach dem Kattowitzer Flugplatz. Die Schlesische Autobusliniengesellschaft hat anläßlich der 7. Flugwoche zwei Autobusse bereitgestellt, welche werktäglich ab 10 Uhr vormittags und am Sonntag, den 25. Mai, ab nachmitatgs 1 Uhr auf der Strecke vom Kattowitzer Ring, ul. Pocztowa, ul. Dworcowa, ul. Marjacka, ul. Francuska nach dem Kattowitzer Flugplatz und zwar je nach Bedarf kursieren. y.

Von einer Altarfigur erheblich verletzt. In der Kathedralkirche St. Peter-Paul fing bei den Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Bischof Dr. Arkadius Lisiecki, am Hauptaltar der Trauerflor Feuer. Man versuchte, den brennenden Flor herunterzureißen und auf diese Weise den Brand zu ersticken. Dabei fiel die große Heilandsfigur herunter, welche in Trümmer ging. Der Küster Franz Tondera, welcher sich ebenfalls am Altar befand, wurde von der herabfallenden Figur erheblich verletzt. y.

Bogutschütz. (Versuchter Selbstmord eines 30jährigen.) Der 30jährige Hermann Seifert, zuletzt in Breslau wohnhaft, versuchte in der Parkanlage an der Ferdinandgrube in Bogutschütz Selbstmord zu begehen, indem er in ein Glas, enthaltend Wasser, eine Menge Glasscherben schüttete und alsdann die Glasmasse, sowie 2 Stecknadeln hinunterschluckte. In bedenklichem Zustand wurde Seifert nach dem Barmherzigen Brüderkloster in Bogutschütz überführt. x.

Königshütte und Umgebung

Ein brachliegender Park.

Die Stadt Königshütte besitzt im Verhältnis zu anderen Städten sehr wenig Park- und Grünanlagen, trotzdem anerkannt werden muß, daß in den letzten Jahren seitens der Stadtverwaltung alles getan wurde, um für die Bürgerschaft Erholungsstätten zu schaffen. Anders jedoch denken unsere großen Industrieverwaltungen, denn sie überlassen nicht einmal bestehende Anlagen der Bevölkerung zur Erholung, was sehr bedauerlich ist. So befindet sich am Redenberg, gegenüber dem Stadtpark ein Park, der Eigentum der Skarboferme ist. Allgemein wundert man sich darüber, — wir wundern uns überhaupt über gar nichts mehr, denn bei der Skarboferme sind die unmöglichsten Sachen möglich —, daß dieser Park nicht dem Publikum und nicht einmal der eigenen Belegschaft von der Skarboferme zur Verfügung gestellt wird, ja, daß man für diesen Park seit Jahren nichts mehr tut und er vollkommen verwahrlost daliegt. In früheren Jahren war der Park wenigstens mehrere Male im Jahre für die Bürgerschaft zugänglich, und zwar war es an den Bergfesten und Freikonzerten mit verbundenem Tanz. Es wurde festgestellt, daß dieser fragliche Park eine große Ausdehnung hat und Massen der Bevölkerung in sich aufnehmen kann. Darum muß mit Bedauern festgestellt werden, daß die Skarboferme für den Ausbau dieser Naturanlage gar keine Mittel verwendet und dennoch die Bevölkerung vom Zutritt fernhält. Gerade diese Anlage ist wie geschaffen dazu, um den Bürgern außerhalb der Stadt reichliche Gelegenheit zur Erholung zu bieten. Und insbesondere auch darum, weil sie so günstig am Redenberg gelegen ist, wohin sich gewöhnlich die Bürger in den Erholungsstunden begeben.

Die Skarboferme würde ein gutes Werk getan haben, wenn sie der Bürgerschaft von Königshütte diesen Park zugänglich gemacht hätte. Noch ist es nicht zu spät, wenn nur der gute Wille vorhanden wäre. Es besteht auch eine Möglichkeit der Pachtung und die Stadt würde nicht zögern, genannten Park für ihre Bürger zu pachten, vorausgesetzt, daß die Skarboferme nicht wieder ihre besonderen Wege geht, wie es seinerzeit bei der Verpachtung des Chorzower Wäldchens beziehungsweise des Chorzower Dominiums war.

Bekanntlich hat das Verhalten der Skarboferme bei der Verpachtung letztgenannter Objekte die Stadt außerstande gesetzt, die Pachtung vorzunehmen, denn materielle Grundsätze der Skarboferme, möglichst viel hierbei herauszuholen, haben die Verhandlungen zerschlagen. Gerade diese Parkanlage wurde seinerzeit von der Königsgrube errichtet, um hauptsächlich ihrer Belegschaft diesen zugänglich zu machen, was sehr reichlich bei jeder Gelegenheit geschehen ist. Kann es auch heute nicht so sein?

Für den Wagenverkehr freigegeben. Die Instandsetzungsarbeiten auf der Chaussee Charlottenhof-Königshütte wurden beendet und die Chaussee für den gesamten Verkehr wieder freigegeben.

Tagung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Polen

Um den Anschluß an Warschau

Die am vergangenen Sonntag im Zentralhotel statigefundene Generalversammlung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Polen war von schwerwiegender Bedeutung für den ganzen Bund. Bei dieser Versammlung sollte der endgültige Beschluß gefaßt werden, um den Zusammenschluß des Bundes an den Hauptverband ZRSS. in Warschau herbeizuführen. Diese Anschlußfrage war schon seit jeher ein heikler Punkt, dem man schon etliche Jahre aus dem Wege gegangen ist. Auf dem Kongreß der Arbeitersportinternationale in Prag wurde den polnischen Genossen anheimgestellt, endlich daran zu schreiten, einen einzigen Arbeitersportbund in Polen zu schaffen, andernfalls sich die Internationale gezwungen sieht, Polen vorläufig zu sperren. Der Internationale geht es darum, daß in Polen ein einzelner großer Arbeitersportbund besteht, um den gesamten Arbeitersport zu fördern und nicht, wie es jetzt in Polen ist, daß 4 verschiedene Arbeitersportverbände bestehen und der polnische Arbeitersport dadurch nur sehr langsam fortschreitet.

Genosse Kuzella eröffnete und leitete diese Bundestagung, da der 1. und 2. Vorsitzende von ihren Posten zurückgetreten sind. Nach der Begrüßung der Delegierten gab er die Tagesordnung bekannt, die 4 Punkte umfaßte. Als erster gibt Genosse Kuzella einen Tätigkeitsbericht des Bundes im vergangenen Jahre, sowie über das Sportfest in Nürnberg und den Kongreß in Prag, zu welchem er vom Bunde delegiert war. Aus dem ganzen Bericht konnte man entnehmen, daß der Bund nicht in der Lage ist, große Leistungen zu vollbringen, was aber nur auf die schwachen Finanzen des Bundes und die politische Bedrückung zurückzuführen ist. Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es nach dem Anschluß an den polnischen Hauptbund in Warschau hoffentlich besser und es unserem Bunde nicht schaden wird, da sich derselbe nicht auflöst, sondern nur dem ZRSS. in Warschau angeschlossen wird.

Bundesspielleiter Genosse Kern streifte in seinem Bericht die Tätigkeit auf sportlichem Gebiet, die im vergangenen Jahr keine große war. Der Bundesfinanzminister, Genosse Caspar, ließ uns einen Einblick in die Finanzwirtschaft des Bundes werfen, mit welcher man, trotz des kleinen Bestandes, zufrieden sein kann.

In der Diskussion zu den Berichten des Bundesvorstandes ergriff als erster Genosse Pietras-Bielitz das Wort. Unter anderm spricht er über die zufriedenstellende Tätigkeit im Teschener Gebiet, was man also über das Industriegebiet nicht gerade sagen kann. Gleichzeitig spricht er über die Sejmwahlen und bedauert den Ausgang derselben. Doch hofft er, daß durch intensive, innere Arbeit dieses besser wird. Genosse Buchwald gibt einen ausführlichen Bericht und Anweisung für weitere Tätigkeit des Bundes, auf Grund seiner langjährigen Erfahrung. Gleichzeitig spricht er über die Anschlußfrage, doch verspricht er sich davon keinen großen Aufstieg des Deutschen Arbeitersportbundes. Genosse Kuzella führt aus, daß er versucht hat, neue Arbeitersportvereine ins Leben zu rufen, doch ist dies aus finanziellen Gründen nicht gelungen. Genosse Kern führt aus, daß es schwierig ist, sportliche Veranstaltungen zu machen, da es immer an der finanziellen Frage scheitert. Genosse Dikta sagt, daß es unbedingt notwendig ist, mehr an die Oeffentlichkeit zu treten, um nicht nur für den Arbeitersport, sondern gleichzeitig für die Partei zu werben.

Der nächste und wichtigste Punkt zugleich war die Frage des Anschlusses an den Hauptverband in Warschau. Zu diesem Punkt referierten fast sämtliche Delegierten und sprachen sich für den Anschluß aus. Aus den Reden der einzelnen Delegierten hörte man heraus, daß es Allen um das Wohl des Arbeitersports und der Partei in der Hauptsache geht. Alle gaben der Hoffnung Ausdruck, daß auf dem Kongreß in Krakau, welcher am 11. Juni stattfindet,

endlich Einigkeit und der Zusammenschluß der einzelnen Arbeitersportverbände getätigt wird.

Zum Vorsitzenden des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Polen wurde einstimmig der Turngenosse Karl Kuzella-Königshütte gewählt. Als Bundeskassierer fungiert weiter der Genosse Caspar. Die weiteren Vorstandsmitglieder wurden nicht wieder gewählt, da sich das nach dem Anschluß erübrigt. Der erste Vorsitzende gilt zugleich als Delegierter und Vorstandsmitglied im Hauptverband in Warschau. Hierauf wurden außer dem Vorsitzenden noch zwei Delegierte zum Kongreß nach Krakau gewählt. Es sind dies die Genossen Pietras-Bielitz und Kern-Kattowitz. An diesen Delegierten liegt es nun, den Anschluß zu vollziehen und zwar, unter den dem Bunde gemachten Bedingungen, wobei die Autonomie des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Polen als Hauptbedingung gilt.

In der Hoffnung, daß alles zum Besten gehen wird, schloß der erste Vorsitzende, Genosse Kuzella, gegen 2 Uhr nachmittags, die für den Bund sehr schwerwiegend gewesene Generalversammlung mit einem „Frei Heil".

Siemianowitz

Verkauft. Das alte Feuerlöschdepot in Siemianowitz wurde für den Preis von 2000 Zloty die Selterfirma Jendryssek zum Abbruch verkauft, jedoch unter der Bedingung, daß Tore und Kachelöfen an die Gemeinde abgeliefert werden. Mit dem Abbruch wird am Freitag begonnen und muß bis zum 7. Juni beendet sein. Die Feuerwehrutensilien wurden bereits in das neue Depot an der Blücherstraße hinübergeschafft. — Der Schulneubau an dieser Stelle begegnet fortgesetzt Schwierigkeiten, weil die Wojewodschaft nicht rechtzeitig mit Bargeld herausrücken will und die Baumeister auf Pump nicht arbeiten können. Eine heut vorgenommene Revisionskommission versprach Abhilfe. Die Lieferung von 175 000 Klinkerziegeln erhielt die Firma Strit-Kattowitz zum Preise von 132 Zloty pro 1000 Stück. Die Hohlziegeln liefert Grünfeld Kattowitz zum Gesamtpreise von 17 500 Zloty. Für die Eisenkonstruktion kommen 2 Firmen in Frage, jedoch sind diese Arbeiten noch nicht vergeben.

Myslowitz

Die Wahlproteste. Die schlesische Wojewodschaft hat im Zusammenhange mit den Wahlprotesten dem Magistrat aufgetragen, einige Zeugen zu vernehmen. Der Magistrat hat dem Auftrage der Wojewodschaft entsprochen und die Zeugen vernommen. Am Montag wurden wieder die Akten der Wojewodschaft überwiesen. Die Wahlproteste stehen auf schwachen Füßen und es steht schon heute fest, daß sie abgewiesen werden. Allgemein wird angenommen, daß die nächste Sitzung der neuen Stadtrada bereits zu Beginn des nächsten Monats stattfinden und die Konstituierung erfolgen wird.

Es schwimmt eine Leiche . . . In diesen Tagen wurde aus den Fluten der Brynica eine Männerleiche herausgefischt. Es war ein 19jähriger Jude aus Sosnowitz, der nach allem, was festgestellt werden konnte, Freitod beging. Die Leiche wurde in das Rosdziner Krankenhaus überführt. Die Angehörigen des Denaten unternahmen Schritte, um die Leiche frei zu bekommen, was auch gestern geschah. —h.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Von der Kreiskrankenkasse. Die allgemeine Ortskrankenkasse für den Landkreis Schwientochlowitz zählt gegenwärtig 13 073 Mitglieder und zwar: 8 571 Männer und 4 502 Frauen. Im Vergleich zum Monat Januar d. Js. hat sich die Zahl der Mitglieder um 2273 Personen verringert.

Neue Mehl- und Brotpreise. Die Preisfestsetzungskommission hat für den Kreis Schwientochlowitz in ihrer letzten Sitzung folgende Preise festgesetzt: Roggenmehl, 70prozentiges, 1 Kilo 40 Groschen, ein Kilo Brot, gleichfalls 40 Groschen.

Hohe Zahl der Unglücksfälle. Nach einer Statistik ereigneten sich im Monat April im Landkreise Schwientochlowitz in der Schwerindustrie 543 verschiedene Unglücksfälle. Davon entfallen auf den Bergbau 213, auf die Hütten 289 Unglücksfälle. Zu Tode kamen durch Unfall 3 Personen, während 48 zeitweise erwerbsunfähig wurden.

Lipine. (Auf der Halde tot aufgefunden.) Auf einer Schlackenhalde wurde die Leiche einer unbekannten Mannesperson aufgefunden. Der Tote wies Brandverletzungen auf. Nach dem ärztlichen Gutachten ist der Tod infolge Gasvergiftung eingetreten. y.

Orzegow. (Mit Bierflaschen attackiert.) Die Brüder Krzyszow warfen in die Wohnung des Paul Iglik durch das Fenster mehrere Bierflaschen und verletzten auf diese Weise die 19jährige Tochter erheblich im Gesicht. x.

Schwarzwald. (Durch Messerstiche selbst verletzt.) In einer Wohnung auf der Czarnolesna versuchte der Maximilian Chrobok, sich das Leben zu nehmen. Chrobok verletzte sich mit einem Messer und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden. Als Motiv zu dieser Tat gelten familiäre Zerwürfnisse. x.

Groß-Piekar. (Schlägerei.) Zwischen den Schwägersleuten Bernhard Langosch und Paul Baron kam es zu Streitigkeiten, in deren Verlauf Langosch seinen Schwager mit einer Schere in die Schulter stach und arg verletzte. Der verletzte Baron zog daraufhin einen Revolver aus der Tasche und verwundete durch einen Schuß den Langosch an der linken Hand. Beide Verletzten wurden daraufhin zum Arzt geschafft und Langosch nach Anlegung eines Notverbandes wieder nach Hause entlassen. Baron hingegen mußte, da sein Zustand zu Bedenken Anlaß gibt, nach dem Lazarett überführt werden. x.

Pleß und Umgebung

Grundlose Entlassung auf der Bradegrube in Lazisk.

Um die Arbeiterausbeutung noch produktiver zu gestalten, beantragte die Berginspektion Lazisk um die Genehmigung zur Reduzierung von 43 Mann des Maschinen- und Tagebetriebes, welches jedoch vom Betriebsrat aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt wurde. Als Schlichtungsinstanz in diesem Falle wurde der Demobilmachungskommissar ersucht.

Zur angesagten Zeit ist der Vertreter des Demobilmachungskommissars, wie auch der Arbeitsinspektor Seroka erschienen, jedoch nicht, um mit den Arbeitervertretern, sondern mit den Herren Vertretern des Kapitals zu verhandeln. Die Vertreter der Schlichtungsinstanz wurden wohl vom Leiter der Verwaltung im Betriebe herumgeführt, aber von einer Verhandlung mit dem Betriebsrat war keine Spur. Erst nachträglich erfuhr der Betriebsrat, daß die Genehmigung für Entlassung von 36 Mann gewährt wurde. Daraufhin begab sich eine Delegation des Betriebsrates nach Kattowitz, um die Reduzierung rückgängig zu machen. Jedoch war auch diese Bemühung unnütz, da der Demobilmachungskommissar, Herr Maske, erklärte, zu dieser Sache schriftlich Stellung zu nehmen (?). Am Sonnabend erhielt der Betriebsrat die schriftliche Mitteilung, aus welcher ersichtlich war, daß 24 Arbeiter reduziert werden können, was beim Betriebsrat, wie auch der Verwaltung keinen Anklang fand.

Die Ablehnung seitens des Betriebsrates ist voll und ganz berechtigt. Die Berechtigung liegt darin, daß einerseits eine große Anzahl Ueberschichten verfahren wird, während anderseits Arbeiter entlassen werden sollen. Als Beweis dienen wir mit der Angabe, daß im April auf der Bradegrube 902 Ueberschichten und in der ersten Maihälfte 563 Ueberschichten verfahren wurden. Hier haben wir es schwarz auf weiß, daß die Grube keine Arbeitskräfte überschüssig hat. Wiederum auf die Behauptung des Direktors R., daß die Wirtschaft die Löhne nicht ertragen kann, ist infolge des angeführten Beweises paradox, da die Produktion einer Ueberschicht geringer ist wie die einer gewöhnlichen, wohingegen aber die Bezahlung tariflich höher sein muß. Und schließlich, warum schafft die Verwaltung die hohen Tantiemen der Beamten, was im schlichten Proletarierton als Antreibebezahlung ersehen wird, nicht ab, und reduziert einige Tausendzlotyverdiener, die wahre Parasiten unserer Wirtschaft sind. All dies ergibt das Fazit, daß die Antreiber ihre hohen Tantiemen schlucken, die faschistisch angehauchten proletarischen Schmuser für das Kapital eine Anzahl Ueberschichten verfahren und klassenbewußte Arbeiter auf die Straße geworfen werden.

Im Schutzhäuschen aufgestöbert. Auf eine eigenartige Weise gelang es der Polizei, zwei gefährliche Einbrecher und zwar in einem Schutzhäuschen eines Güterzuges festzunehmen. Bei den Arretierten wurden verschiedene Einbrecherwerkzeuge, sowie Lebensmittel, so u. a. Fleisch- und Wurstwaren vorgefunden und beschlagnahmt. Bei ihrer Verhaftung gaben die Beiden an, Josef Filek und Josef Koziol zu heißen und aus Trzebinia zu sein. Die beiden Einbrecher wurden bis zur Beendigung der Voruntersuchungen in das Myslowitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert. x.

Nikolai. (Freiwillig aus dem Leben geschieden.) Der 46jährige Landwirt Paul Mysior beging Selbstmord durch Erhängen. Wie es heißt, sollen familiäre Zwistigkeiten das Motiv zur Tat gewesen sein. Der Tote wurde in die Leichenhalle des dortigen Spitals geschafft. x.

Belgiens Arbeiterschule

In einem alten, schattigen Park, dessen hohe Bäume wie schützend ihre Zweige über das Haus breiten, liegt Belgiens Arbeiterbildungsschule. Etwa 40 Minuten fährt man mit der Elektrischen vom Hauptbahnhof Brüssel nach der Vorstadt Uccle zuerst durch enge, alte Gassen, an den Proletarierwohnungen der Unterstadt vorbei, dann durch breite, von hohen Bäumen eingesäumte Boulevards nach der Waterloo-Chaussee. Nur wenige Schritte von der Haltestelle entfernt sind wir schon am Ziel. Durch eine eiserne Pforte treten wir ein. Grüne Rasenflächen, Blumenbeete, blühende Sträucher und Bäume, wohin auch der Blick schweift! Welch ein Bild der Schönheit und Stille, des Friedens und der Sammlung! Breite, kiesbedeckte Wege führen nach den Schul- und Wohngebäuden, in denen belgische Sozialdemokraten ihre geistige Schulung zum Wohl ihrer gesamten Klasse vertiefen und erweitern.

Man spürt etwas von diesem harten, ernsten Ringen, wenn man in die Räume eintritt. Man fühlt, daß hier Menschen mit Begeisterung und Eifer an der Arbeit sind. Jedes Bild an der Wand erzählt, daß hier ein einziger geschlossener Wille herrscht, daß ausschließlich Kräfte der belgischen Arbeiterschaft dieses Haus erfüllen. Die Arbeiterbildungsschule ist das Werk einer großen, zielbewußten Partei. Sie entstand nach dem Weltkrieg aus der tiefen Erschütterung der belgischen Arbeiter, aus dem Drange, die Ideen des völkerverbindenden Sozialismus zu vertiefen. In stiller Abgeschlossenheit sollte hier eine Stätte errichtet werden, von der aus ein Strom von Aufklärung und Bildung weit hinaus ins Land fließen sollte. Von hier aus aber sollte auch die Idee des Friedens und der Verständigung hinausgesandt, werden in alle Länder der Erde.

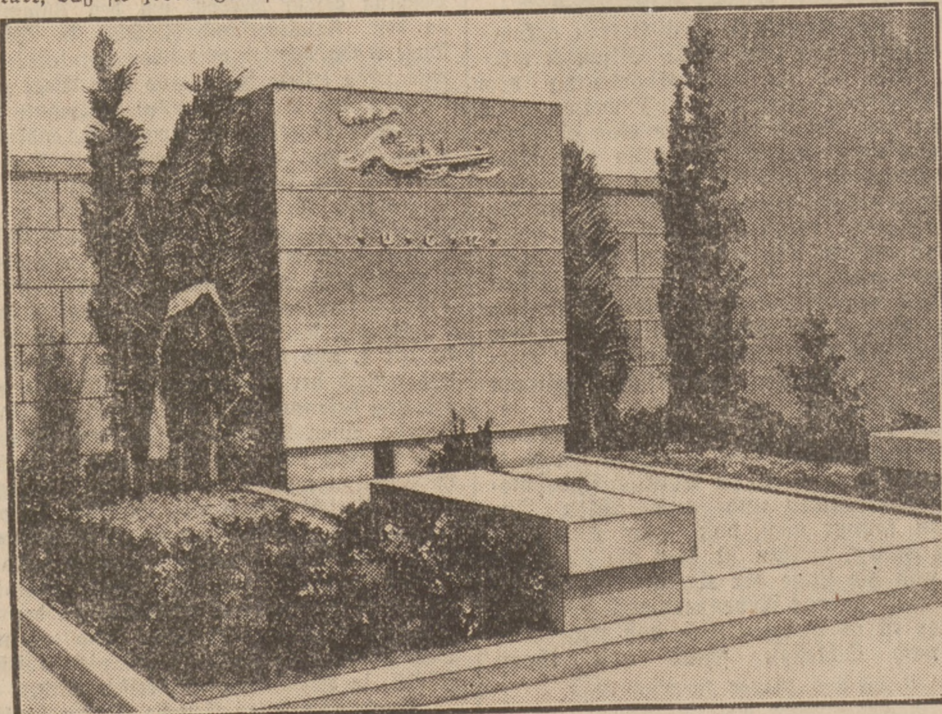
Begabte, mindestens 18 Jahre alte Arbeiter, die körperlich gesund sind, und deren Charaktereigenschaften eine Gewähr für die Einordnung in eine sozialistische Gemeinschaft bieten, finden hier alljährlich Aufnahme. Sie müssen die Grundelemente der Volksschule in sich aufgenommen und französisch lesen und schreiben können. Einen breiten Raum der Kurse nehmen die Ausbildung in der Muttersprache und die gründliche Einführung in die Arbeiterbewegung nach der politischen und gewerkschaftlichen, der kulturellen und der genossenschaftlichen Seite hin ein. Daneben wird allgemeine Welt- und Kulturgeschichte unterrichtet; die Geschichte des Sozialismus wird ausführlich behandelt. Dem Bürgerrecht, der sozialen Gesetzgebung, der Psychologie, der Rechnungsführung ist eine große Anzahl von Unterrichtsstunden gewidmet. Einen kleineren Raum nehmen Kunstgeschichte, Literatur, Pädagogik ein. Der Gesundheitspflege sind in jedem Kursus 20 Unterrichtsstunden vorbehalten, in denen die Fragen der Hygiene, die gerade für gehetzte Proletarier von Wichtigkeit sind, ausführlich besprochen werden. Man legt heute bei der Aufnahme den Hauptwert nicht auf Schulwissen und gute Zeugnisse, sondern auf Intelligenz, gute Charaktereigenschaften und die Durchdringung der Lebensführung mit den Grundsätzen des Sozialismus, und man hofft, auf diese Weise wirklich wertvolle Kräfte der belgischen Arbeiterbewegung heranzubilden.

Ein Rundgang durch die Arbeiterhochschule vermittelt ausgezeichnet Eindrücke. Kleine, saubere Einzelzimmer, fließendes Wasser, Badeeinrichtungen, helle, lustige Klassenräume, freundliche Eßzimmer und ein gemütlicher Versammlungssaal zeigen, daß die Grundsätze der Hygiene hier in der Praxis Anwendung gefunden haben. Durch ausgedehnte Körperpflege, durch Aufenthalt in frischer Luft und eine gesunde, einfache Kost hofft man, den Gefahren der Ueberarbeitung, denen gerade die Eifrigsten ausgesetzt sind, wirksam zu begegnen.

Wundervoll ist der Blick von den Fenstern in den grünenden, blühenden Park. Ein zarter, verhaltener Duft zieht durch die Räume, von Maiglöckchen und Hyazinthen, von Krokus und Tulpen. Auf den Rasenflächen draußen tummeln sich junge Menschen. Der Klang dreier Sprachen klingt durch die Stille; etwas, das uns Deutsche aufhorchen läßt. Flämisch, Wallonisch und Französisch, die drei Sprachen Belgiens begegnen uns auch in der Arbeiterbildungsschule, denn ihre Angehörigen stammen aus den verschiedensten Teilen des Landes. Das Flämische ist für uns leicht zu verstehen, denn es ist dem Plattdeutschen nahe verwandt. Beim Wallonischen handelt es sich um eine altfranzösische Mundart, die mit fremden Sprachresten durchzogen ist. Die offizielle Sprache Belgiens ist ja das Französische. Was uns Sozialisten am meisten an diesem Dreisprachenland interessiert, ist die Tatsache, daß diese drei Formen des sprachlichen Ausdrucks die politische und wirtschaftliche Einheit Belgiens keineswegs erschüttern.

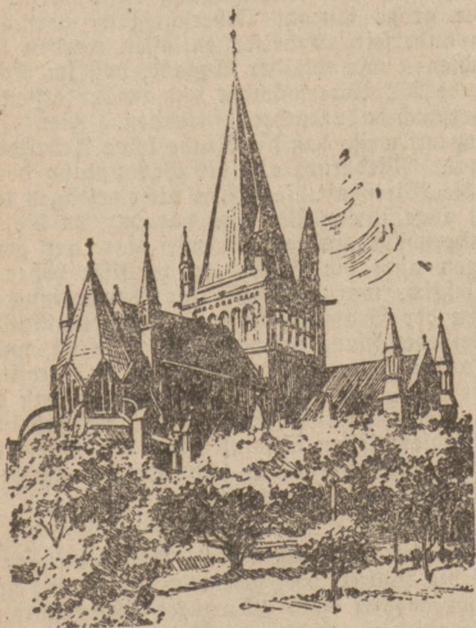
Ist es die wundervolle Schönheit und Stille dieses Frühlingsidylls, die in dem Besucher eine überwältigende Sehnsucht nach Frieden und Verständigung der Völker erzeugt? Oder wirken die starke Geschlossenheit und der zielbewußte Wille, der hier, inmitten dieses Paradieses an Landschaftsschönheit, zum Ausdrucke kommt, so stark, daß sie jeden Zweifel an einer Verwirklichung der großen sozialistischen Idee des Völkerfriedens zu verscheuchen imstande sind? Ja, dieses Gebäude, dieser Park und diese Menschen, die in drei Sprachen sprechen und sich doch verstehen, sind wie ein großes Sinnbild. Sie vermitteln dem Besucher, der aus der Unrast Europas hier einkehrt, den unerschütterlichen Glauben, daß das große Ziel, das uns alle vereint, die Schaffung eines geeinten Europa, trotz verschiedener Sprachen verwirklicht werden wird!

Dr. Else **Möbus**.



Ein deutsches Gefallenendenkmal in Italien

Für die Besatzung des am 16. März 1916 vor Tarent versenkten deutschen U-Bootes „U. C. 12" wurde auf dem Tarenter Friedhof ein Denkmal errichtet und kürzlich in Anwesenheit der italienischen Behörden und eines Vertreters des Deutschen Reiches eingeweiht.



Wiederherstellung des Drontheimer Doms

Der berühmte Dom zu Drontheim in Norwegen, der in seinen Fundamenten auf eine fast tausendjährige Vergangenheit zurückblickt, wird jetzt nach Beendigung der schon über 60 Jahren währenden Wiederherstellungsarbeiten im Juli d. J. feierlich eingeweiht. Der Dom ist teils im romanischen, teils im frühgotischen Stil erbaut.

Frühlingstag im Dachauer Moor

Heute morgen, nach der kalten Nacht, als ich vom Amperwald ins „Himmelreich" hinaustrat, blieb ich lange stehen. Grau war der Himmel und grauer der dunkle, tiefe Wald; aber über der weiten Fläche vor mir, mit den seltsamen Büschen und silbernen Verschwommenheiten, glänzte ein wundersames Licht. Das Moor schlief, doch ein zarter Duft von erwachender Erde fuhr eben auf und brachte sehnende Gefühle.

Zag erhellte sich der Himmel. Lockere Nebel stiegen auf den weiten Tiefen. Weiße Blitze zuckten, und ganz allmählich verschwand die Landschaft wieder, wie hinter den Schleiern eines bewegten Traumes. Es war ganz still. Kein Vogel rief und unter den Tritten des feldwärts wechselnden Wildes brach kein Reis. Das silberne Gras, durch das ich schritt, war unberührt und jeder Fährte bar.

Ich wollte mich selbst nicht hören und ging leiser wie ein Tier, denn ich horchte auf das Feine in mir, das wie ein silberner Vogel war, der die Federn schüttelte und sang. Er hatte einen goldenen Schnabel und pfiff so hold, bis die Gündinger Frühglocken sein letztes Singen verläuteten. So kam ich sachte in den Morgen hinein.

Spielhähne wollte ich verhören. Aber im Graßlfinger Moor war nichts los. Vielleicht war es noch zu früh für die Balz. Um eins wanderte ich schon wieder auf der glatten Schleißheimer Chaussee dem Obergrashof entgegen, zweigte links ab und schlug mich durch die Kiefern und Birkenstände in die Schleißheimer Hege hinüber. Das war so im ganzen gut an die acht Stunden Wegs. Wenn einer nun außerhalb eine schwere Kamera schleppt, die Augen halb da, bald dort über einem Forellenbach oder droben in der Luft zu hängen hat, den ganzen Tag angestrengt beobachtet, darf er abends wohl müde sein.

Ich habe ja soviel gesehen. Das Rehwild ist heuer gut durchgekommen, es ist feist und die Ricken und jungfräulichen Schmalrehe, mit dem dichten, weißen Spiegel und der feinen, glatten Decke, sehen wirklich zum Verlieben aus. Gegen Abend fand ich dann auch die Spielhähne, an die fünfzig Stück, aber ich glaube nicht, daß sie dort, wo ich sie sah, im Erdmoos, nahe der Straße zum Hackenhof, auch halten werden. Es ist viel Raubzeug da, und ich konnte wichtige Brutbeobachtungen machen. Wenn der Frühling erst richtig loslegt, muß man wissen, wo alles liegt.

Auf den Dungfeldern hockten Hunderte von durchziehenden Saat- und Nebelkrähen. Die Enten haben sich schon getrennt und die Erpel buddeln überall in den schmalen Wassergräben herum. Dann und wann hört man eine Haubenlerche und auch die Zaunkönige sind merkwürdig schwatzhaft geworden. Es blüht der Huflattich, und in den Amperauen, zwischen wachstäubigen Erlen und Haselstauden brannte heute morgen der Kellerhals.

Jedes Ding hinterläßt ein Bild in meinem Herzen, will erfühlt, erfaßt und liebend registriert werden. Nur keine Vergleiche darf man ziehen, sonst wird man traurig. Da wird entwässert und dort gegraben, hier fällt eine der letzten Kiefern im Karlsfelder Moor, die letzten, die wir dort noch haben. Ueberall wie Pilze schießen die Baracken aus dem Boden, erdbeworfene Maulwurfshügel, in deren Feuchte Menschen wohnen müssen. Ja, ja, so ist es. Die Welt wird bald zu klein sein. Wo die letzten Spielhähne balzen, wo die letzten Reiher anbetend in der Morgensonne stehen, werden einmal Fabriken sein. Keiner Landschaft täte Naturschutz mehr not als dieser.

Es gibt aber noch vieles, was das Herz erfreut. Diesen Blick zum Beispiel, von der Kiefer, auf deren breiten, tragfähigen Aesten ich liege, über das Moor. Ich sehe dies:

Eine weite, hufeisenförmige, von Kiefern, Fichten und Birken umrahmte Frühlingswiese. Mitten drinnen steht eine graue Krähenhütte und hinter dieser beginnt der Birkenwald. Mit graugrünseidenen Wellen entbreitet sich die Fläche vor mir bis zum Rand des Waldes, der mit seinen weißen, runden Leibern und dunklen Zweigen aus einer Wirrnis rostroten Unterholzes entspringt. Den lichten Wald berennen mit gewaltigen Sätzen die beiden Kiefernreihen. Sie sind wie Trolle, mit wildem Kopfschmuck versehen; schwere, kupferrote Schlangen winden sich aus dem verhängten Grün. Die Wurzeln mancher Bäume sind vom letzten Moorbrand her noch schwarz verkohlt, manchmal ganz aus dem Erdreich gehoben. Hinter dieser Umrahmung weiß ich das Moor: Röhricht, Schilf, Seggenländer, klare oder eisenhaltige, braune Bäche, schwarze Gräben, Torfstiche, um die alte, graue Hütten werden.

Alle diese Dinge könnte ich auch in einer anderen Gegend haben. Nie aber in solchem Licht! Diese Beleuchtung gibt es nur hier! Dazu gehören die feinen, wasserreichen Dünste des Moores, der goldene Föhnhauch, der von den Bergen her weht, und dahinter muß der Herrgott sein edelstes Gewand, einen unendlich reinen und fleckenlosen Abendhimmel entbreitet haben. In diesem Lichte ist jede Kiefernadel wie von blitzenden Strahlen umsprüht, ist jede Dinglichkeit über sich selbst hinaus ins Wesenlose, Märchenhafte entrückt. Also ist nur Tiefe, uferloses Verschwimmen, freudig empfangendes Schauen, hinter dem keine Wirklichkeit mehr steht.

Nun will es nachten . . . Auf der Wiese und hinter den Stämmen äsen Rehe. Vier Rudel kann ich von hier aus sehen und darunter ein paar gute, starke Böcke. Wenn es nur so bliebe, muß ich denken. In einer nahen Fichte ist ein Schwarm Meisen und Goldammern eingefallen. Das ist ein wildes Flattern, Zwitschern und Geklingel ums Geäst, bis endlich alle sich gefunden haben. Wie ein lebendiger Christbaum — über und über mit den kleinen, goldenen Vögelchen besteckt — schimmert die Fichte im blaugrünen Licht.

Steif streckt sie ihre Aeste hinaus und wagt sich kaum zu rühren. Auf jedem Zweiglein, jedem Ast ein paar liebe, wandermüde Piepmätze sitzen zu haben; hundert feine Stimmchen, die immer leiser den scheidenden Tag versingen, dafür muß man schon dankbar sein.

Langsam geht die Sonne unter. Es ist ein Nebel aufgestiegen, der die weichen Gründe verhüllt, es kühlt und ist still und feierlich — wie in einem Traum.

Ueberheilung

Der berühmte Chemiker und Philosoph Wilhelm Ostwald sprach in der „Internationalen Gesellschaft für empirisches Gesetz. Alles Leben bedeutet Verbrauch; um weiter bestehen zu können, muß der Organismus die Verluste durch Abnutzung dauernd wieder ausgleichen; es müssen „Reparaturwerkstätten" vorhanden sein. Theoretisch sind drei Fälle denkbar: entweder wird die Schädigung nur annähernd ausgeglichen, das ist das Zeichen des Greisenalters, wo deshalb der Körper „schwächer" wird, oder der Verlust wird genau wieder ersetzt oder endlich die Schäden werden „überrepariert", d. h. es wird mehr oder besser repariert, als es vor de Beanspruchung war. Der zweite Fall des genauen Ausgleichs ist beinahe unmöglich, da der Organismus sehr komplizierte Regulationseinrichtungen besitzen müßte, um den Prozeß der Wiederherstellung gerade dann einstellen zu können, wenn der ursprüngliche Zustand erreicht ist. Daher können Lebewesen nur bestehen, wenn die dritte Möglichkei verwirklicht wird, wenn also jedes Lebewesen nicht nur bei jedem Verbrauch den Verlust ersetzt, sondern darüber hinaus noch einen Ueberschuß schafft. Diesen Vorgang nennt Ostwald die Ueberheilung, durch die das Organische vom Anorganischen ausgezeichnet wird. In der unbelebten Natur gibt es nirgends eine ähnliche Erscheinung, während alle Lebensvorgänge unter dem Prinzip der Ueberheilung stehen. Die Tatsache der Ueberheilung kann schon der Laie in vielen Fällen beobachten. Wenn man etwa beim Sport einen Muskel anstrengt, so wird er ermüdet, also zeitweise geschädigt. Der Körper bringt dann neues Blut an die ermüdete Stelle, so daß der Muskel nicht nur seine ursprüngliche Arbeitsfähigkeit zurückgewinnt, sondern noch kräftiger wird. Auf dieser Ueberheilung beruht also die körperliche Ertüchtigung durch Sport und Turnen. Bei der Serumtherapie wird der kranke Körper in einen künstlichen Fieberzustand versetzt, der Organismus überwindet dann nicht nur das Fieber, sondern auch die ursprüngliche Krankheit.

Viele Pflanzen gedeihen besser, wenn man sie umpflanzt; das Umpflanzen ist zwar eine Schädigung, die Pflanze muß neue Wurzeln aussenden, aber sie ersetzt dann nicht nur den Verlust, sondern wird kräftiger. In Indien wird seit vielen Jahrhunderten der Reis in Gärten großgezogen, die jungen Pflänzchen werden dann erst auf die Feldert gesetzt. Der Roggen, auf diese Weise behandelt, bringt ein Mehrfaches des normalen Ertrages. Die „Reparaturmöglichkeiten" haben natürlich Grenzen. Wenn der Muskel anhaltend überanstrengt wird, kann er dauerd geschädigt werden: eine Arznei, die in kleinen Mengen die Ueberheilung hervorruft, wird in zu großen Mengen schädigendes Gift.

S. W.

Mittelalterlicher Eherechts-Wirrwarr

Der Streit um die Ehe des Grafen Otto von Hammerstein. Der streitbare Bischof von Mainz. Burg-Belagerung um eine Ehescheidung.

Als die katholische Kirche begann, auf die Ehe, die bis dahin, wie bei antiken Völkern, ein rein weltlicher Vertrag gewesen war, Einfluß zu nehmen, also zu Beginn des Mittelalters, stellte sie sich in der Frage der Ehen zwischen Verwandten auf den Boden des römischen Rechts. Doch schon ums Ende des 6. Jahrhunderts dehnte sie das Eheverbot auf die Ehen zwischen Geschwisterenkeln aus und später wurden alle Ehen bis zur 7. Generation verboten. Da aber damals überhaupt kein geordnetes Matrikelwesen in unserem Sinne bestand und andrerseits die Großen wenig geneigt waren, sich viel um derlei Schranken zu kümmern, so kam es zu keinerlei allgemein gültigen Rechtsanschauungen und Gewohnheiten. Dieser Zustand währte bis ins elfte Jahrhundert. Besonders für Deutschland galt lange die Ausnahme, daß Ehen in der vierten Generation mit päpstlichem Dispens gestattet waren. Sie wurden auch nicht getrennt, sondern nur mit Buße belegt.

Aus diesen Verhältnissen kam es naturgemäß sehr oft zu Streitigkeiten, die wieder ihrerseits politische Hintergründe hatten. So oder so, mochte sie strenge verbieten oder mild gewähren, erwarb sich die Kirche immer irgendwie einen Machtzuwachs.

Ein solcher Fall trug sich damals zu, als Heinrich 2. mit dem Beinamen „Der Heilige" über Deutschland herrschte. Da hatte Graf Otto von Hammerstein, der über reiche Güter am Rhein und Main gebot und aus einem uralten fränkischen Geschlecht stammte, sich 1016 mit einer Adligen, namens Irmingard, vermählt, die in verbotenem Grade mit ihm verwandt war; seine Großmutter war Irmingards Tante gewesen.

Kurz bevor hatte Heinrich 2. im Hause der Herzöge v. Kärnten solch eine verbotene Ehe „sanieren" wollen, war aber auf Widerstand gestoßen. Die Kärtner kümmerten sich blutwenig um ihn Nun wollte er an einem Kleineren seine Macht zeigen.

Für Otto und Irmingard von Hammerstein war es ein böser Zufall, daß der Erzbischof von Mainz, in dessen Diözöse sie saßen, ebenfalls jener strengen Richtung anhing. Sie wurden wiederholt vor geistliche Gerichte geladen; als sie aber nicht folgten, wurde im März 1018 auf der Synode von Nimwegen in Gegenwart des Kaisers und vieler Fürsten die Exkommunikation über beide ausgesprochen.

Zuerst zeigte der eingeschüchterte Graf Demut und Dienstwilligkeit. Er erschien nach etlichen Wochen vor dem Kaiser und Erzbischof Erkanbald und gelobte, seine Ehe mit Irmingard zu lösen. Aber die entschlossene Gräfin brachte ihren Gemahl gar bald wieder auf ihre Seite. Dies so gründlich, daß er dem Mainzer Fehde ansagte. Und beinahe hätte er den Kirchenfürsten auch bei einer Rheinfahrt erwischt. So mußten nur etliche aus seinem seinem Gefolge die Verließe von Burg Hammerstein beziehen.

Nun legte sich aber der erzürnte Kaiser ins Mittel; drei Monate lang belagerte er das Schloß, bis der Ritter sich, durch Hunger genötigt, ergeben mußte. Am zweiten Weihnachtstage 1020 mußten sich Otto und Irmingard dem Kaiser ergeben. Merkwürdiger weise geschah ihnen aber nichts. Sie blieben frei und sogar in ehelicher Gemeinschaft. Ihre Verwandten waren wohl zu mächtig, und Heinrich mußte Rücksicht üben. So hatte das unbotmäßige Paar zwei Jahre lang Ruhe. Da starb Erkanbald von Mainz und Aribor von Bayern folgte ihm, ein noch größerer Fanatiker. Und nun wurde der Prozeß gegen den Grafen wieder aufgenommen.

Zu Pfingsten 1023 trennte Aribo auf einem Konzilium die Ehe Hammersteins, und nahm ihm das Versprechen ab, seiner Gemahlin zu entsagen. Dieser aber gab das Spiel nicht so leicht verloren, sondern ging vom Schmiedel zum Schmied: vom Mainzer Metropoliten an den römischen Stuhl.

Und sie hatte Erfolg. Dazu verhalf ihr merkwürdigerweise Aribor selber. Er wollte strenge Reformen in seiner Diözöse durchführen, sozusagen päpstlicher als der Papst sein. Entsprechende Beschlüsse wurden auf einem Konzilium in Seligenstadt gefaßt, darunter ein Gesetz, das die Berufung der Gläubigen an den Papst sozusagen von der Zustimmung des Bischofs abhängig machte. Aber diese allzu große Selbständigkeit wurde in Rom nicht gern gesehen. Und so nahm Papst Benedikt 8. Gräfin Irmingards Berufung in Gnaden auf. Er entsandte einen päpstlichen Boten nach Deutschland. Mehr noch: er maßregelte wegen dieses Falles den Erzbischof Aribo in unmißverständlicher Weise und bedeutete ihm, daß er solchen Widerspruch gegen die damals von Rom geübte mildere Praxis — sie war die profitablere, da jeder Dispens etwas eintrug, und außerdem wollte Rom sich in keiner Weise seine Oberherlichkeit schmälern lassen — auf keinen Fall dulden werde.

So hatte denn der Erzbischof, der nicht wollte, daß Fälle durch trotzige Berufungen nach Rom der Gewalt der Bischöfe entzogen würden, diesmal den Kürzeren gezogen. Er berief wieder ein Konzil nach Höchst ein und beriet sich mit seinen Mitbrüdern. Aber ehe weiteres geschah, starben nacheinander Papst und Kaiser: Benedikt im Juni, Heinrich im Juli 1024. Und damit änderte sich die gesamte politische Lage.

Konrad 2. von Franken war nicht zum wenigsten durch Aribos Agitation Kaiser geworden. Er mußte es hinnehmen, daß dieser seiner Gattin Gisela die Krönung als Kaiserin verweigerte, weil auch diese Ehe den strengen katholischen Anforderungen, wie sie Aribor vertrat, nicht entsprach. Aber andererseits braucht auch Aribor den Kaiser, zumal als Vermittler nach Rom. Als nun Aribo den Fall Hammerstein wieder ausgrub und neuerlich vor eine Synode bringen wollte, da bedeutete ihm Konrad, er möge es gut sein lassen. Denn es müßte natürlich Konrad höchst peinlich sein, bei Erörterung all dieses Ehewirrwarrs zu wissen, daß auch seine Ehe nicht ganz in Ordnung war; und ferner waren Otto und Irmingard, seine Verwandten, ihm lieb und wert. So hat denn der Kaiser — und diese Bitte hatte Befehlskraft: das Verfahren gegen das Hammersteinsche Paar wurde endlich eingestellt.

Nun hatten Otto und Irmingard Ruhe vor den Schikanen des Ehewirrwarrs.

Ein Jahrhundert später setzte Papst Innozenz 2. fest, daß die Ehe nur bis zum 4. Grade kanonischer Zählung verboten sei. Allerdings hat der katholische Ehewirrwarr damit nicht aufgehört.

Phönix.

Zum internationalen Frauentag

Vom 18. Mai bis 1. Juni

Die Frauen in der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands. Annäherung in der Frage des gesetzlichen Sonderschutzes für arbeitende Frauen.

Der Bericht der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, der der Jahreskonferenz in Birmingham (19. bis 22. April) vorgelegt wird, enthält auch den Bericht des Frauenkomitees, dem wir folgendes entnehmen:

„.... Das Komitee zog die Wirkung der gegenwärtigen und der geplanten Schutzgesetzgebung auf die Frauen in der Industrie in Berücksichtigung und empfing in dieser Frage eine Abordnung des „Open-door-Rates". Da es die Ansichten des „Open-door-Rates" nicht vollständig teilen konnte, stimmte das Komitee zu, daß seine Entschließung folgendermaßen festgelegt werde:

„... da es das Komitee als unerwünscht ansehen würde, bestehende Schutzmaßnahmen zu zerstören, sollte es seine Entschließung so abfassen, daß jede künftige Schutzgesetzgebung gleicherweise für beide Geschlechter anzuwenden sei, und daß sie sich auf die Natur der Arbeit, aber nicht auf das Geschlecht der Arbeitenden gründen solle".

Das Komitee hat seither die Unterstützung des Parteivorstandes für eine Abänderung zu erreichen getrachtet, die es der Landesfrauenkonferenz namens der Unabhängigen Arbeiterpartei vorlegen will und die seine Anschauung in den angeführten Einzelheiten enthält.

Angesichts der Wichtigkeit des Gegenstandes, der nicht vorher einer Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei vorgelegen ist, lenkt der Parteivorstand die Aufmerksamkeit der Konferenz auf diesen Abänderungsantrag und verlangt eine Entscheidung darüber... Der Landesparteivorstand nahm einen Antrag des Frauenkomitees an, wonach das unmittelbar zu erfüllende Programm aller Frauengruppen in folgendem besteht:

1. Volle staatliche Pension ohne Beitragsleistung für alle bedürftigen Witwen.
2. Bessere öffentliche Versorgung der Mütterheime und weitausgedehnte Mutterschaftsfürsorge.
3. Freie staatliche Hebammenhilfe.
4. Ausgestaltung der Säuglingsfürsorge.
5. Angemessene Unterhaltsbeiträge für Schulkinder.
6. Errichtung eines wirksamen Ernährungsrates, der imstande ist, dem Nahrungsmittelwucher entgegenzuwirken.
7. Wöchentliche Kinderzuschüsse in Bargeld, die durch den Staat gezahlt werden sollen.

Wahnsinn — ein Scheidungsgrund.

Das englische Unterhaus hat mit 210 gegen 102 Stimmen eine Gesetzesvorlage in erster Lesung angenommen, durch die eine Geisteskrankheit, die fünf Jahre oder länger dauert, einen gesetzlichen Scheidungsgrund bilden wird. Das Gesetz gründet sich auf Forderungen, die von einem Verein für Reform des Scheidungsrechtes (Divorce Law Reform Union) erhoben und der Königlichen Kommission im Jahre 1926 vorgelegt wurden. Im jetzigen Unterhause wurde der Antrag von dem Abgeordneten der Arbeiterpartei, Genossen Holford Knight, eingebracht.

Dazu schreibt der „Daily Herald", London:

„Der Erfolg der Vorlage im ersten Stadium muß als eine bedeutsame Anerkennung des Grundsatzes bewertet werden, daß unheilbare Geisteskrankheit für den normalen Ehepartner ein Grund zur Auflösung der Ehe ist. Viele der hervorragendsten Autoritäten haben jahrelang auf dieses Ziel hingearbeitet. Einige der bedeutendsten Autoritäten auf dem Gebiet der Geisteskrankheiten haben die Ansicht ausgesprochen, daß wenig Hoffnung besteht, daß ein wahnsinniger Mann oder eine wahnsinnige Frau ein normales Eheleben wieder aufnehmen könnten.

Der berühmte Spezialist für Geisteskrankheiten, Dr. Holländer, sagte auf Befragen unter anderem: „Geisteskrankheit bedeutet in jeder Hinsicht auf das praktische Leben, den gesellschaftlichen Tod und es ist weder anständig noch logisch, daß ein Ehegatte, Mann oder Frau, gezwungen sein soll, bei einem Partner auszuhalten, der den Vertrag nicht einhalten kann".

Zu der Sorge wegen der Grenzfälle wird geschrieben: „Die erste Einwendung war, daß das Gesetz die Scheidung möglich machen wird, indem es auf den einen der Partner angewendet wird, ohne daß er die Möglichkeit hätte, sich zu verteidigen. Der Sprecher der Opposition ist ferner dagegen, angesichts des unaufhörlichen Fortschreitens der medizinischen Wissenschaft, die es sogar in Fällen fünfjähriger Geisteskrankheit nicht berechtigt erscheinen läßt, hinzuschreiben" „keine Hoffnung". Er fürchtet auch, daß Grenzfälle gerade durch die Furcht vor dem schließlichen Verlust von Heim und Familie verschlimmert werden könnten und viele, die auf diese Weise des stärksten Magneten, der sie zu einem normalen Leben zurückziehen könnte, beraubt werden, könnten gerade dadurch unheilbar werden.... Besonders Frauen neigen in einem gewissen Alter zu Geistesstörungen und dieses Gesetz könnte den Gatten in die Lage versetzen, aus dieser Tatsache Vorteile zu ziehen und mit einer andern Frau wieder anzufangen".

Ungeachtet dieser Einwendungen ist das Reformgesetz angenommen worden.

Südafrikanische Felsmalerei

Von Paul F. Schmidt.

Von 1928 bis 1930 hat Professor Leo Frobenius, der große Entdecker afrikanischer Kulturen, mit wissenschaftlichen und künstlerischen Hilfskräften Südafrika bereist, um die sogen. südervthäische Kultur, die alten Metallminen und die Felszeichnungen zu erforschen, die man fälschlicherweise „Buschmannzeichnungen" nennt. (Die ausgerotteten Buschmänner haben vielleicht wirklich eine solche Kunst in allerletzter Entwicklungsphase ausgeübt.) Die umfangreichen Resultate dieser Reise sind, soweit sie die Felsmalereien betreffen, nunmehr der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht in Gestalt von 500 Aquarellkopien, etwa der Hälfte seines Materials, die im großen Oberlichtsaal des ehemaligen Kunstgewerbemuseums (Prinz-Albrecht-Straße) ausgestellt sind.

Es ist allmählich Zeit geworden, diese merkwürdigen Dokumente frühester menschlicher Kunstübung wenigstens in Kopien der Nachwelt zu erhalten. Die Originale gehen fast alle einem sichern Untergang durch verändertes Klima und Unverstand der Menschen entgegen.

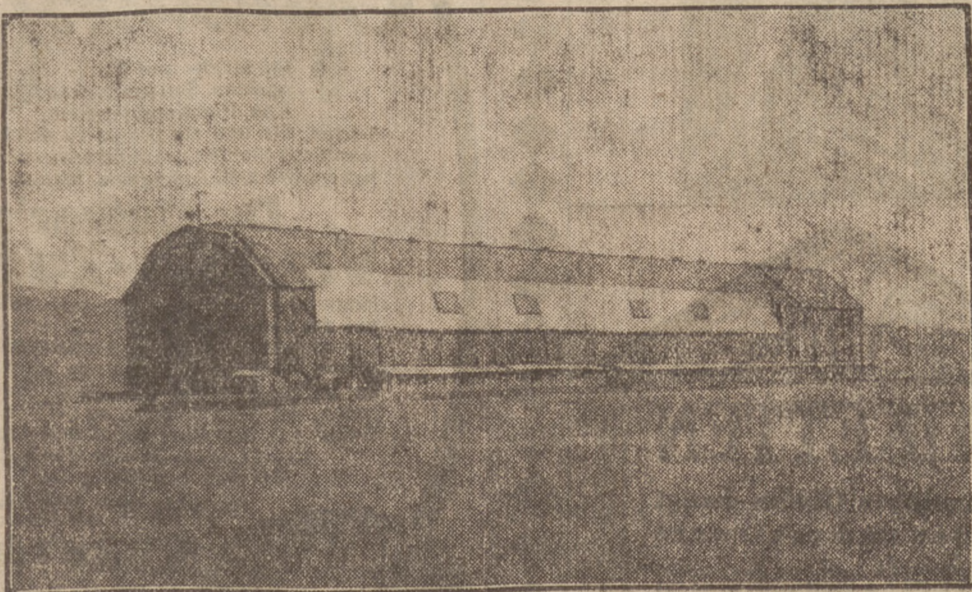
Professor Frobenius, dessen Verdienste auch von der Regierung der Südafrikanischen Union durch eine namhafte Beihilfe anerkannt worden sind, erläutert selber an verschiedenen Tagen die ausgezeichneten Kopien und sucht die schwierigen Deutungen und Zusammenhänge dieser Steinzeitwerke verständlich zu machen.

Das heißt, aus der Steinzeit (dem Paläolithikum, vor allem dem sogen. Magdalenien, etwa dem 8. bis 6. Jahrtausend v. Chr.) stammt nur der Teil der Bilder, der sich im südlichsten Afrika von der Kapkolonie bis ins östliche Transvaal gefunden hat. Er nimmt die rechte Hälfte des großen Saales ein. Stil und Darstellungsgebiete entsprechen völlig denen der europäischen Höhlenmalerei in Südfrankreich und Nordspanien (Altamira usw.): Jagdtiere, Tänze, Prozessionen u. dgl., in einer fast impressionistisch lebendigen Auffassung, polychrom behandelt mit verriebenen Farben. Das Charakteristische dieser Kunstwerke an überhängenden Felsen und in Höhlen der Südafrikanischen Union ist nun aber, daß sie fortdauernd übermalt wurden, daß diese Uebermalungen, aus verschiedenen Zeiten und vielleicht Kulturen stammend, dennoch den gleichen Stil wahren und nur in den Dimensionen kleiner werden. Den überzeugendsten Eindruck davon gibt das ungeheure Höhlenbild von Npiti Khotso im Besutoland, dem Eingang gegenüber aufgestellt, 11 mal 2,25 Meter groß. Wann die letzte Darstellungsschicht gemalt ist, entzieht sich unserer Vermutung; möglicherweise noch in der Zeit, da die Europäer schon im Lande waren. Es ist dies ein handgreiflicher Beweis für eine Erscheinung, die nur Afrika eigentümlich ist.

Noch älter, die ältesten Denkmäler Südafrikas überhaupt, sind die Eingravierungen in Blöcke von allerhärtestem Gestein wie Basalt und Diabas, in Abgüssen und Abklatschen ausgestellt. Es sind ausschließlich Tiergestalten (die wenigen menschlichen Figuren sind geringer und sicher später), und es ist sehr zu beachten, daß diese frühesten Kunstwerke technisch mit vollendeter Akkuratesse im schwierigsten Material gearbeitet sind, künstlerisch aber zu den vorzüglichsten und überraschendsten Beispielen von Tierdarstellungen gehören, voll von Wahrheit und Lebendigkeit.

Die merkwürdigsten Entdeckungen hat aber die Frobenius-Expedition bei den Malereien in Südrhodesia gemacht. Der nördliche Stil ist von dem des Kaplandes durchaus verschieden. Er gehört einer späteren Zeit an, die man historisch nicht gut fixieren kann, die aber nichts mit der Steinzeit, eher mit dem Komplex der frühägyptischen und altmesopotamischen Kultur zu tun hat. Es ist die eigenste Entdeckung Frobenius', und wahrscheinlich wird sie zur Erforschung des alten Sakralstaates mit gebundener Totenmythologie, und damit zur Aufhellung der Ursprünge der ägyptischen und Mittelmeer-Kulturen beitragen.

Stilistisch ist diese Malerei reine Umrißkunst, die Ausfüllung der Fläche geschieht gleichmäßig mit Eisenocker (Rot), eine Beigabe von weißer Innenzeichnung ist bisweilen noch erhalten, wahrscheinlich überall einzunehmen. Dazu eine strenge, fast hieratische Auffassung der Menschenfigur, mit Vorliebe für scharfe Winkel und keilförmige Flächen, eine „Frontallinie", die oft an die ägyptischen Reliefs erinnert. Gegenständlich heben sich Totenzeremonien hervor und magische Beschwörungen um Regen; dazu eine auffallende Menge von sehr unterschiedlichen landschaftlichen Motiven: Bäume, Berge, Seen (einmal wird ein Selbstmörder mit einem solchen in Verbindung gebracht!), Flüsse mit Schlangen und Brücken, über die Springprozessionen voll abenteuerlicher Akrobatik hinüberwechseln. Die dargestellten Tiere sind von strenger Großartigkeit und Lebenskraft im Umriß. Es ist ein Kunstbezirk, der sich ebenso weit von den magischen Primitivitäten des Paläolithikums wie von jeder Art Negerkunst entfernt — die ja ausgesprochen plastischer Art ist und ebenfalls im Dienst der Magie steht. Daß sich diese, nach jeder Richtung hin noch rätselhafte und zu durchforschende Felsenmalerei Südrhodesiens



Deutsches Reichseigentum von der Besatzung verschleudert

Die Zeppelinhalle bei Trier, die vor dem Kriege unter einem Kostenaufwand von rund 1,5 Millionen Mark errichtet wurde, ist von der französischen Besatzungsbehörde öffentlich versteigert und auf das einzige Gebot einer elsässischen Firma für 15 000 Franken (= 2 500 Mark!) verkauft worden. Dies, obwohl über das Eigentumsrecht an der Halle noch Verhandlungen des Reiches mit der Besatzungsbehörde schweben und obwohl der französische Außenminister Briand sich gegen eine Versteigerung ausgesprochen hatte.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johann Kowoll, wohnhaft in Katowice, ul. Plebiscytowa 24; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice, Verlag und Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

vor allem im Dienste sakraler Totenkulte bewegte, beweisen einige von Frobenius entdeckte Königsgräber, in denen sich neben seltsamen terrassenartig angelegten Altären, Tongefäßen für Aufnahme der Eingeweide und dergleichen, auch Wandmalereien der gleichen Motive und desselben Stils fanden. Zugleich stehen sie in zeitlichem und kulturellem Zusammenhang mit den alten Minen (deren Zahl Frobenius und Percy Wagner auf 75 000 berechnen!), mit den Hochbauruinen von „Simbabwe“ und andern Resten alter Priesterstaaten im Süden des Sambesi. Wie sie mit der Kultur des Nillandes und Mesopotaniens, wahrscheinlich auch Altindiens zusammenhängen, müssen Untersuchungen der nächsten Zeit lehren. Hier liegen vielleicht Wurzeln der ältesten Menschengeschichte schlechthin für die Kombination unserer Anthropologen bloß, auf deren Durchforschung wir gespannt sein dürfen.

Zwischenfall vor dem englischen Generalkonsulat in Köln

Köln. Am Montag kam es vor dem englischen Generalkonsulat zu bedauerlichen Vorgängen. Es erschienen auf Fahrrädern etwa 20 Burschen, die mit Steinen und anderen Gegenständen Fensterscheiben einwarfen, wobei sie laute Schmähruse gegen die Regierung Macdonalds ausriefen. Sodann beschmierten sie den Bürgersteig vor dem Konsulat in seiner ganzen Breite mit großen Aufschriften in roter Farbe: „Hände weg von Indien! Nieder mit Macdonald!“ Die Bewohner des Konsulats riefen sofort das Ueberfallkommando herbei, das in kurzer Zeit am Tatort erschien, aber keinen der Demonstranten mehr fassen konnte. Die Täter waren mit ihren Rädern in der Dunkelheit verschwunden. Es handelt sich um Burschen, die Windjacken und Schirmmützen trugen. Man vermutet, daß es sich um Kommunisten handelt. Die Polizei hat sofort Ermittelungen angestellt, um die Täter zu fassen, hat aber bisher noch keinen Erfolg gehabt. Es ist Vorsorge getroffen, daß derartige bedauerliche Vorkommnisse sich nicht mehr ereignen.

Ein König, der „ins Schwarze“ trifft

In Aegypten, dem uralten Kulturlande der Pharaonen, treffen sich mit den von Cook geführten Globetrottern auch Könige und Fürsten in großer Zahl und zwar solche, die noch regieren, und solche, die gezwungenermaßen das ominöse Wörtlein ex — vor ihren Titel setzen müssen. Diese haben allerdings bei ihren Erholungsreisen den unschätzbaren Vorzug, sich völlig inoffiziell bewegen zu können.

So lebt denn auch Exkönig Ferdinand von Bulgarien an den Ufern des Nils gänzlich ungezwungen als Privatmann, bewegt sich zwangslos unter der Menge, und besucht auch gern die Stätten der Vergnügungen des einfachen Mannes. Eines schönen Tages sieht er einen Schießstand, dessen Besitzer Preise für jeden Treffer ausgesetzt hat. Der König tritt unerkannt hinzu, nimmt die Luftbüchse und — trifft ins Schwarze! Dreiundzwanzig Mal schießt er, und nicht ein einziger Schuß geht fehl! Da wird dem Schießbudenbesitzer denn doch Angst — wenn der Fremde so weiter schießt, geht er pleite! Also wirft er ihm ärgerlich eine Pfundnote hin und bittet ihn flehentlich, Schluß zu machen. Lachend legt König Ferdinand die Büchse hin, greift lächelnd in seine Tasche, holt ebenfalls eine Pfundnote heraus und — legt sie zu der anderen, worauf er schmunzelnd die Bude verläßt. Das Gesicht des Schießstandsbesitzers soll allerdings in diesem Augenblick keinen besonderen geistreichen Ausdruck gehabt haben!

Fliegende Hilfen für Frauen

In dem praktischen England, in dem die Hausgehilfinnen ziemlich knapp sind, haben ein paar qualifizierte Arbeiterinnen des Hauses eine ganz neue Art von rascher Hilfe für Hausfrauen erdacht, ausgeführt und damit einen Bombenerfolg erzielt. Sie sind „Haushaltsfliegerinnen“. Auf Motorrädern mit Beiwagen, an denen Plakate angebracht sind, fahren sie durch die Mittelstandsviertel und bieten stundenweise ihre Dienste an. Im Kasten ihres Dreirades ist alles nötige Handwerkzeug untergebracht, das sie zum Putzen, Waschen, Reiben und Bügeln benötigen, damit sie überall sofort mit ihrer Arbeit beginnen können. Die englischen Hausfrauen sollen, wie ganz begreiflich, mit dieser glänzenden Idee höchst einverstanden sein und so dürfte sich der Versuch bald in größerem Maßstab einbürgern.



„Auf Reisen schicke ich meine Frau immer voraus, um Quartier zu machen.“

Was der Rundfunk bringt.

Kattowitz — Welle 408,7

Donnerstag. 12.10: Mittagskonzert. 12.40: Konzert für die Jugend. 16.20: Schallplattenkonzert. 17.45: Nachmittagskonzert. 19.05: Vorträge. 20.30: Abendkonzert. 21.30: Literarische Stunde. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Donnerstag. 12.40: Schulfunk. 15.45: Vorträge. 16.15: Schallplattenkonzert. 17.15: Vortrag. 17.45: Klavierkonzert. 18.45: Vorträge. 20.30: Abendkonzert. 21.30: Aus Wilna. 23: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 253. Breslau Welle 325.

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten.*) 12.55 bis 13.06: Nauener Zeitzeichen. 13,06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung.*) 15.20—15,35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabends und Sonntags). 19.20: Wetterbericht. 22.00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung*) und Sportfunk. 22.30—24,00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Donnerstag, den 22. Mai. 16: Stunde mit Büchern. 16,30: Neue Tänze. 17,25: Aus Gleiwitz: Sozialpolitik. 17,50: Grundlagen der Redekunst. 18,15: Stunde der Arbeit. 18,40: Wettervorhersage für den nächsten Tag. 18,40: Abendmusik (Schallplatten). 19,20: Einführung in die nachfolgende Oper des Abends und Bekanntgabe des Personenverzeichnisses. 19,30: Uebertragung aus dem Stadt-Theater Breslau: Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg. 22,30: Die Abendberichte. 22,50—24: Tanz- und Unterhaltungsmusik auf Schallplatten.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Bismarckhütte. (Metallarbeiter-Jugend.) Am Mittwoch, den 21. Mai, abends 6 Uhr, findet in Wielkie Hajduki, Betriebsratsbüro, ein Lichtbildervortrag statt, zu welchem auch die älteren Kollegen mit ihren Angehörigen eingeladen sind.

Königshütte. Sonntag, den 25. d. Mts., vormittags 10 Uhr, Generalversammlung. Zutritt und Stimmberechtigung haben die Vorsitzenden und je 3 Delegierte der einzelnen Kulturvereine, sowie der Vorsitzende des Ortsausschusses und die Vertreter der einzelnen freien Gewerkschaften.

Versammlungskalender

Achtung, Jugendliche der D. S. J. P.

Am Sonntag, den 25. Mai, findet die fällige Bezirkskonferenz im Büfettzimmer des Volkshauses statt. Sämtliche Vereine haben ihre Delegierten und Funktionäre rechtzeitig zwecks einer vorherigen Besprechung zu entsenden.

Wochenplan der D. S. J. P. Kattowitz für die Zeit vom 18. bis 25. Mai 1930.

Mittwoch: Gesangstunde der Freien Sänger.
Donnerstag: Unterhaltungsabend.
Sonntag: Fahrt nach Klodnitzthal, Abmarsch 6 Uhr früh vom Blücherplatz.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Mittwoch, den 21. Mai: Spiele am Sportplatz.
Donnerstag, den 22. Mai: Ernster Abend.
Freitag, den 23. Mai: Gesang und Volkstanz.
Sonnabend, den 24. Mai: Falkenabend.
Sonntag, den 25. Mai: Vormittags 9 Uhr, Generalversammlung des Bund für Arbeiterbildung. Nachmittags 3 Uhr, Bezirkskonferenz der D. S. J. P. im Büfettzimmer.

Programm des Touristenvereins Königshütte.

25. Mai: Anhalt, 1 Tag, Abmarsch 5 Uhr früh, Volkshaus. Führer Götze.

29. Mai: Besichtigung in Gleiwitz.

1. Juni: Szczakowa, 1 Tag, Abmarsch 5 Uhr früh, Volkshaus. Führer Scholich.

Königshütte. (Vorstandssitzung.) Am Mittwoch, den 21. Mai, nachmittags 6 Uhr, findet im Metallarbeiterbüro eine Vorstandssitzung der D. S. A. P. statt. Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird ersucht.

Königshütte. (D. S. A. P. und „Arbeiterwohlfahrt.) Am Freitag, den 24. Mai, abends 7,30 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses eine Mitgliederversammlung der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei statt. Als Referent erscheint Genosse Kowoll. Hierzu ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Königshütte. (Holzarbeiter.) Sonntag, den 25. Mai, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus Holzarbeiterversammlung. Da Tagesordnung sehr wichtig (der neue Akkordtarif), ersuchen wir, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Bismarckhütte. (D. M. V.) Am Mittwoch, den 21. Mai, abends 6 Uhr, findet in Bismarckhütte, Betriebsratsbüro, ein Lichtbildervortrag für Jugendliche statt, wozu auch die älteren Kollegen eingeladen sind.

Schwientochlowitz. (Maschinisten und Heizer.) Am Sonnabend, den 24. Mai, findet in unserem Versammlungslokal bei Scholtyssek, Langestraße 17, unsere fällige Mitgliederversammlung statt.

Hohenlinde-Hubertushütte. (D. M. V.) Am Donnerstag, den 22. Mai, abends 6 Uhr, findet bei Kuklinski in Hubertushütte ein Lichtbildervortrag für Jugendliche statt, wozu auch die älteren Kollegen eingeladen sind.

Nikolai. (D. M. V.) Mittwoch, den 21. d. Mts., abends 6 Uhr, findet im Lokal Kurpas die fällige Mitgliederversammlung statt. Da Tagesordnung sehr wichtig, ist vollzähliges Erscheinen Pflicht. Referent: Koll. Buchwald.